

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: Polen und Danzig: In den Ausgabestellen und
Filiale monatl. 3.50 zl. mit Zustellgeld 3.80 zl.
Bei
Postbezug monatl. 3.89 zl. vierteljährlich 11.66 zl. Unter Streifband
monatl. 7.50 zl. Deutschland 2.50 zl. - Einzel-Nr. 25 gr. Sonntags-Nr.
30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsförderung etc.) hat der Bezieher
keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des
Bezugspreises. - Getrennt Nr. 2594 und 2595.

Anzeigenpreis: Polen und Danzig die einspaltige Millimeterzeile
Deutschland 10 haw. 70 Pf. übriges Ausland 50% Aufschlag. - Bei Platz-
vorrichtung u. schwierigem Satz 50% Aufschlag. - Übereilung von Anzeigen
schriftlich erbeten. - Offertengebühr 100 gr. - Für das Erscheinen der An-
zeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.
Postleitnummern: Breslau 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 279

Bromberg, Dienstag, den 1. Dezember 1936.

60. Jahrg.

Gründung der Parlaments-Session.

Am Sonnabend hat der Staatspräsident die Versammlung über die Einberufung der Haushaltssession des Sejm und Senats unterzeichnet. Unmittelbar darauf wurde diese Versammlung im Parlamentsgebäude dem Sejm- und dem Senatmarschall Car hat die erste Sitzung des Sejm für Dienstag nachmittag 4 Uhr einberufen.

Der konservative "Gaz" glaubt nicht, daß der Zusammentritt des polnischen Parlaments eine Änderung der bestehenden politischen Lage beeinflussen könnte. Die jüngsten Kammern hätten sich im vergangenen Jahr als vollkommen unfähig erwiesen, einen bedeutenden Einfluß auszuüben, und es sei schwer anzunehmen, daß das laufende Wirtschaftsjahr in dieser Beziehung eine ernsthafte Besserung bringen könnte. Dennoch dürfe man nicht über die Tatsache der Haushaltssession einfach zur Tagesordnung übergehen, denn von den Kammern müsse man ohne Rücksicht darauf, wie sie bewertet werden, die Erfüllung gewisser Aufgaben fordern, und zwar eine Erfüllung in tatsächlicher und gewissenhafter, nicht aber in scheinbarer und formeller Form.

Wie der "Gaz" erfahren haben will, haben sich die Abgeordneten die negative Beurteilung ihrer bisherigen Arbeit sehr zu Herzen genommen und klügten an, daß die nächste Session zeigen werde, daß das gegenwärtige Parlament zur selbständigen Tätigkeit und zu einer ernsten Arbeit fähig sei. Man spreche von gewissen Fragen, die der Sejm sogar entgegen dem Standpunkt der Regierung durchsetzen wolle. Das konservative Blatt beschäftigt sich im Zusammenhang damit mit den Problemen, die in der kommenden Parlamentssession den Hauptgegenstand der Beratungen bilden dürften, und schreibt darüber n. a. folgendes:

Der erbitterteste Kampf soll sich, wie man hört, um die Politik des Landwirtschaftsministers Pawlakowksi abspielen, der neben dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Pawlakowksi in der gegenwärtigen Regierung die hervorragendste politische Individualität darstellt. Die Periode seiner Amtierung war nicht allein die Zeit der Erledigung der laufenden Fragen, sondern die Zeit einer geradezu sieberhaften reformatorischen Arbeit, die eine allgemein bekannte politische und soziale Färbung hat. Herr Poniatowski bildete den Gegenstand einer Kritik auch in der vergangenen Session. Aber damals traf diese Kritik vorwiegend nur einen Teil des landwirtschaftlichen Bereichs, und zwar die Wirtschaft der Staatsforsten. Die Kammern waren über die Art der Verwaltung des Finanzplanes dieses Unternehmens durch die Vorstandskommission nicht zufrieden. In dieser Frage wurde sogar eine gewisse Entschließung gefasst, die den Zweck hatte, die Parlamentskontrolle an der unklaren und einer Reihe erster Zweifeln bedeckenden Wirtschaft der Staatsforsten zu erleichtern und zu vertiefen. Doch die über die Staatsforsten erlassene Verordnung macht statt die Kontrolle des Parlaments über die Wirtschaft dieses Unternehmens zu erleichtern, wie dies die Resolution des Sejm forderte, diese Kontrolle geradezu unmöglich. Will sich also das Parlament nicht restlos in den Augen der öffentlichen Meinung "graben" lassen, so wird es sich der Sache abermals annehmen müssen. Dies bedeutet aber nicht, daß man sich nur auf eine Diskussion beschränken kann, man muß vielmehr von dem verantwortlichen Minister Erklärung und Genehmigung fordern, und wenn er diese nicht gibt, muß sein Rücktritt gefordert werden.

Der "Gaz" glaubt zwar nicht, daß die Mehrheit des Parlaments sich dazu werde aufrufen wollen, meint aber, daß dieser Teil des Parlaments, der sich über die verdecklichen Folgen der gegenwärtigen Agrarpolitik klar ist, in klarer, unzweideutiger und männlicher Art dieser Tatsache Rechnung tragen und zumindest gegen den Haushalt des Ministers einstimmen müsste.

Auch von dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Pawlakowksi fordert der "Gaz", daß er der Kammer seinen Investitionsplan vorlegen und dazu entsprechende Aufklärungen geben möge. Sollte es sich herausstellen, daß dieser Plan der Kontrolle des Parlaments vollkommen entzogen wird, so müßten die Kammern ganz entchieden die beschleunigte Vorlegung des Planes fordern, da sonst die Haushaltsskommission ihren Sinn vollkommen verlieren würde. Zu den anderen Fragen, die den Gegenstand einer ernsthaften Debatte bilden müßten, zählt das Blatt die Tätigkeit der Staatsverwaltung. Man werde sich freuen, wenn es sich heraussstellen sollte, daß das strenge Urteil über die Abgeordneten auf einem Irrtum oder auf Übertriebung beruhe.

*

Wie in einem anderen Teil der polnischen Presse verlautet, soll eine bedeutende Gruppe der Abgeordneten des konservativen Flügels sich zu einer kritischen Beurteilung der Wirtschaftspolitik der Regierung vorbereiten. Diese Kritik werde nicht zuletzt der staatlichen Forstpolitik gelten. Die Regierung bereite sich im Zusammenhang damit für diese Polemik außerordentlich gründlich vor, weil sie die Bedeutung und die möglichen Folgerungen dieses kritischen Hervortretens nicht unterschätzt, zumal eine derartige Kritik auf die Gesamtgestaltung des vorgelegten Haushaltssatzes für das kommende Haushaltsjahr Einfluß haben kann.

Im Finanzministerium werden alle Arbeiten sorgfältig vorbereitet, um dem Parlament nachzuweisen, daß im Laufe der letzten sieben Monate das Gleichgewicht im Staatshaushalt dank der Wirtschaftspolitik der Regierung erzielt werden konnte und daß nicht zuletzt die Einfüsse aus den Staatsforsten und Monopolen dazu beigetragen hätten. Die Technik in der Durchführung des Staatshaushalts sei wesentlich verbessert worden. Die Regierung dürfte demnach durch ihre Vertreter dem Parlament mitteilen lassen, daß das Gleichgewicht des Staatshaushalts nur gehalten werden kann, wenn im Innern des Landes vollständig Ruhe herrsche und wenn die öffentliche Meinung nicht aufgewiegelt wird.

In politischen Kreisen Warschau hebt man hervor, daß eines der hauptsächlichsten Themen in der kommenden Sejm-debatte, die Reise bilden werde, die der Finanzminister und der Landwirtschaftsminister mit einer Gruppe von Parlamentariern durch Westpolen und Oberschlesien organisiert hatten, um die Investitions- und öffentlichen Arbeiten der Regierung zu besichtigen.

Nach dem Antonescu-Besuch.

Am letzten Tage seines Warschauer Aufenthalts hatte Außenminister Antonescu noch eine längere Besprechung mit dem polnischen Außenminister Beck, worauf im kleinen Kreis ein Frühstück eingenommen wurde. Bei Frau Marschall Piłsudski gaben Minister Antonescu und Frau ihre Besuchskarten ab. Am Sonnabend nachmittag gegen 4 Uhr verließ der rumänische Minister mit seiner Begleitung Warschau. Auf dem Bahnhof hatten sich Außenminister Beck und Frau Bismarck-Schönfels, Vertreter der Rumänischen Gesandtschaft, der Polnische Gesandte in Bukarest Arciszewski, der Direktor des Diplomatischen Protokolls usw. eingefunden.

Die amtliche Verlautbarung.

Über das Ergebnis der Besprechungen des rumänischen Außenministers in Warschau wurde eine amtliche Verlautbarung ausgegeben, in der es u. a. heißt:

Die Minister Antonescu und Beck haben während ihrer Unterredungen in Warschau alle Fragen geprüft, die die beiden Staaten interessieren, und hierbei die vollen Übereinstimmung der Ansichten ihrer Regierungen festgestellt. Sie haben der Überzeugung Ausdruck gegeben, daß es bei der gegenwärtigen Lage der Dinge notwendig sei, aufs engste miteinander in Fühlung zu bleiben. Die Minister stellten ferner fest, daß das Bündnis, das die beiden Staaten verbindet, jetzt und immer den tiefen Gefühlen der beiden Völker und den Zielen vollkommen entspreche, die seinen Abschluß herbeigeführt haben. Das Bündnis stelle eines der konstruktiven und wirksamen Elemente zur Stabilisierung der internationalen Beziehungen und der Sicherheit in Europa dar.

Die beiden Minister haben ihren gemeinsamen Entschluß bestätigt, die unantastbaren Grundsätze des zwischen Polen und Rumänien abgeschlossenen Garantievertrages in jeder Lage ansrecht zu erhalten, um auf diese Weise die Vorteile, die beiden Ländern aus diesem Bündnis erwachsen, bei jeglicher Neuordnung in Europa zu sichern. Zu diesem Zweck erklärten sich die Minister bereit, das Bündnis auf allen Gebieten des praktischen Lebens auszubauen und die Interessen beider Nationen den umgangssprachlichen Geboten der augenblicklichen Lage anzugleichen.

Im besonderen ist der Besuch des rumänischen Kultusministers, des Chefs des rumänischen Generalstabes sowie des Gouverneurs der Rumänischen Nationalbank vorgesehen, der dem Präsidenten der Bank Poloni einen Besuch abstatten wird.

Erfüllt von dem Geiste der Freundschaft und des gegenseitigen Vertrauens, der die gegenseitigen Beziehungen zwischen den beiden Ländern kennzeichnet, und getragen von dem Wunsch, den geistigen Austausch zwischen beiden Ländern zu vertiefen, haben die beiden Minister ein Kulturabkommen unterzeichnet. Schließlich sind die Ratifikations-Dokumente über die Festlegung der rumänisch-polnischen Grenze ausgetauscht werden.

Moskau denkt nicht an Demokratisierung.

Litwinow-Finkelstein als bolschewistischer Festredner.

DNB meldet aus Moskau:

Am Sonnabend abend hielt der sowjetrussische Außenkommissar Litwinow von der Tribüne des Rätekongresses aus eine Rede, die sich durch ihre heiteren Aussfälle gegen den "Faschismus" und die Politik Deutschlands, Italiens und Japans auszeichnete.

Der Redner machte zunächst die bemerkenswerte Feststellung, daß die mit so viel Ressentiment angefügte sogenannte "Demokratisierung" der Sowjetunion von europäischer Seite keineswegs so angesehen werden dürfe, als ob Sowjetrussland nunmehr gleichsam als "verlorener Sohn" zur Demokratie in europäischer Form und zu den bürgerlichen Freiheiten zurückkehren werde. (1)

Zu den spanischen Ereignissen übergehend, wiederholte Litwinow aufs neue die schon mehrfach widerlegten ungünstigen Ankündigungen an die Adresse Deutschlands und Italiens. Auch der Londoner Friedensmühlungskommission blieben seine Vorwürfe nicht erspart. Er rief aus, daß der Rätekongress zweifellos seine Gefühle teile, wenn er das spanische "Volk" seiner "heissen" Anteilnahme und seines Entzückens über den heldenhaften Widerstand gegen den Faschismus versichere.

Graf Brünitski wird Landwirtschaftsminister?

Wie die Warschauer Presse zu berichten weiß, hat die Regierung in dem Bestreben, mit verschiedenen Kreisen der Volksgemeinschaft einen engeren Kontakt anzubauen, dem ehemals preußischen Teilstück eine größere Beachtung geschenkt. Nach diesen Gedanken bemühte man sich jetzt, die Mitarbeit des Grafen Adolf Brünitski, des früheren Posener Wojewoden zu gewinnen. Man soll ihm bereits den Posten eines Unterstaatssekretärs im Landwirtschaftsministerium an Stelle des Grafen Roger Moacyński angeboten haben, doch soll Graf Brünitski den Vorschlag nicht angenommen haben. Dagegen würde er nach den umlaufenden Gerüchten bereit sein, die Leitung des Landwirtschaftsministeriums zu übernehmen.

Bei dieser Gelegenheit weist die Presse auf die bis herige politische Tätigkeit des Grafen Brünitski hin. Im "Wieczór Warszawski" lesen wir u. a.: "Graf Brünitski ist eine prominente Gestalt. Im Jahre 1926 war er Posener Wojewode und gleichzeitig bei der Präsidentenwahl Gegenkandidat des Marschalls Piłsudski und des Professors Moscicki. Trotzdem wurde er seiner Stellung nicht enthoben. Er leitete noch zwei Jahre lang die Wojewodschaft, woran er sich der sozialen Arbeit, besonders als Leiter der sich ständig entwickelnden Katholischen Aktion hingab. Im Jahre 1935 wurde Graf Brünitski vom Staatspräsidenten zum Senator berufen.

Über die bekannte Tatsache der sowjetrussischen Umtriebe in Spanien glaubte sich der Volkskommissar mit einigen billigen jüdischen Witzen hinwegsetzen zu können. Größere Beachtung verdient die Begründung Litwinow-Finkelsteins für das starke Interesse der Sowjetunion für die Vorgänge in Spanien. Wenn die Pläne der spanischen Nationalisten gelingen, so führe er aus, wäre keine Garantie mehr dafür vorhanden, daß sich ähnliche Vorgänge nicht auch auf anderen Schauplätzen wiederholten.

Zum deutsch-japanischen Abkommen übergehend leugnete Litwinow natürlich dessen eigentlichen Charakter und nahm es zum Anlaß, seine bekannten Pläne der kollektiven Sicherheit empfehlend in Erinnerung zu rufen. Er schloß mit der Versicherung, daß die Sowjetregierung, die sich weitgehender Sympathien erfreue (?), keinen Grund habe, ihre Politik zu ändern.

Litwinow-Finkelstein der "Ehrengottlose".

Wie aus Moskau gemeldet wird, hat der Zentralrat des Gottlosenverbandes den Außenkommissar Litwinow-Finkelstein zum Ehrengottlosen ernannt.

In einem Schreiben, in dem Litwinow-Finkelstein an den Gottlosenverband für diese "Ehrung" seinen Dank ausspricht, betont er, daß er nicht nur in der Sowjetunion sondern auch im Auslande, besonders aber im Völkerbund, mit Stolz auf die ihm zuteil gewordene Auszeichnung hinweisen und sich stets bemühen werde, zu beweisen, daß ihn der Titel eines Ehrengottlosen zu neuen Taten verpflichte.

Weiter macht der Außenkommissar darauf aufmerksam, daß mit ihm auch seine Familie zu dem Gottlosenverband gehöre, die der Organisation 400 Rubel zur Verfügung gestellt hätte.

Bolschewistische Drohungen.

DNB meldet aus Moskau: Der Leiter der Kommunistischen Partei des Leningrader Gebietes, einer der Stellvertreter Stalins im Sekretariat der Gesamtpartei, Schdanow rückte am Sonntag in einer längeren Rede auf dem Rätekongress, der, wie üblich, weniger den Fragen der "Verfassung", sondern Beschimpfungen des "Faschismus" gewidmet war, aufsäsend scharfe Drohungen gegen die Nachbarländer des Leningrader Gebietes Lettland, Estland, Finnland.

In diesen kleinen Ländern, so sagte Schdanow, gebe es "große Abenteurer", die ihr Land "faschistischen Großmächten als Operationsbasis gegen die Sowjetunion zur Verfügung stellen möchten". Diese kleinen Länder müßten sich in acht nehmen, daß die Sowjetunion nicht ihr ihnen zugelehrtes Feuer weit aufmache und "mit Hilfe der roten Armee nachziehe, was drüber los sei". (!!)

Einberufung des Danziger Volkstages.

Zum Mittwoch, den 2. Dezember, ist der Danziger Volkstag zu einer Sitzung einberufen worden. Es ist anzunehmen, daß auf der Tagesordnung der Rücktritt d. Senators für das Gesundheitswesen, Dr. Kuck, stehen wird.

Luft- und See-Angriff auf Cartagena.

Drei Bolschewistschiffe versenkt.

Nach einer Meldung aus Gibraltar erfolgte Freitag früh ein neuer Angriff auf den Hafen von Cartagena. Diesmal griffen etwa zehn nationale Bombenflugzeuge und drei Kriegsschiffe gleichzeitig den Hafen an. Nach den letzten Nachrichten sollen drei Kriegsschiffe der spanischen Bolschewisten versenkt und das Arsenal von Cartagena schwer beschädigt worden sein. Ein Munitionslager sei in die Luft geslogen. Auch an anderen Stellen des Hafens sei beträchtlicher Schaden angerichtet worden. Die nationalen Flugzeuge hätten dann die Verfolgung von vier bolschewistischen Dampfern aufgenommen, die zu Beginn des Angriffs aus dem Hafen geflohen seien.

Largo Caballero lehnt Schutzzone ab

Das Internationale Rot-Kreuz-Komitee in Genf hatte vorgeschlagen, in Madrid eine neutrale Zone anzuerkennen, die der nicht mitkämpfenden Zivilbevölkerung als Zufluchtsort dienen sollte. Die Spanische Nationalregierung hatte daraufhin telegraphisch ihre Bestimmungen vom 17. November bestätigt, in denen sie die Zone bezeichnet hatte, die der nicht kämpfenden Zivilbevölkerung von Madrid als Schutzgebiet zugewiesen werden sollte.

Die Bolschewisten haben nichts Eiligeres zu tun gehabt, als diese Maßnahmen zu sabotieren. In ihrem Namen hat Largo Caballero geantwortet, daß die gesamte Zivilbevölkerung Madrads als "nicht mitkämpfend" betrachtet werden müsse. Aus diesem Grunde sei der Vorschlag, an einer bestimmten Stelle Madrads einen Teil der Zivilbevölkerung anzusammeln, unannehmbar. Das Internationale Rot-Kreuz-Komitee hat seinen Schritt bei Largo Caballero wiederholt. Dieser erklärte jedoch, von seinem Standpunkt nicht abweichen zu können.

Maschinengewehre gegen die Deutsche Botschaft.

Über die bereits bekannt gewordene Plünderung der Deutschen Botschaft in Madrid durch roten Pöbel liegen jetzt Einzelheiten vor.

Danach forderten die bolschewistischen Machthaber in Valencia plötzlich die Räumung des Gebäudes der Deutschen Botschaft in Madrid innerhalb 24 Stunden. In dem Gebäude befanden sich noch etwa 10 Reichsdeutsche und 65 spanische Flüchtlinge.

Mitglieder des diplomatischen Korps in Madrid, denen aus eigener Anschauung die brutalen bolschewistischen Verfolgungsmethoden genau bekannt sind, verluden diese Flüchtlinge persönlich mit eigenen Kraftwagen zu retten. Zunächst war die Rettungsaktion erfolgreich, und mit dem ersten Kraftwagen konnten 20 Flüchtlinge, unter denen sich auch die zehn Reichsdeutschen befanden, in Sicherheit gebracht werden. Mittlerweilerottete sich vor der Botschaft Polizei und bewaffneter Pöbel zusammen. Dieser

zwang mit Waffengewalt die weiteren Wagen des diplomatischen Korps zum Halt und zerrte ans ihnen mehrere Flüchtlinge herans.

Trotzdem versuchten einige Diplomaten, die Rettungsaktion unter eigener Lebensgefahr fortzuführen.

Nachdem aber die Bolschewisten gegen die Botschaft Maschinengewehre aufgestellt hatten und die Diplomaten teilweise im Handgemenge vom roten Pöbel von der Botschaft abgedrängt worden waren, stürmten die Roten die Botschaft und bemächtigten sich der letzten 40 spanischen Flüchtlinge, sowie des Inventars der Botschaft. Gleichzeitig wurde die Privatwohnung des ehemaligen deutschen Geschäftsträgers erbrochen und seine spanischen Angestellten verhaftet.

Während dieses über drei Stunden dauernden Verteidigungskampfes der Diplomaten gegen den roten Mob versuchten mehrere Gesandtschaften, darunter auch der französische Missionschef, die bolschewistischen Machthaber in Valencia durch ununterbrochene telefonische und mündliche Verhandlungen zum Einschreiten gegen die roten Horden zu veranlassen. Dies war völlig ergebnislos. Über das Schicksal der 40 Verschleppten fehlt jede Nachricht.

In britischen Kreisen steht man, wie in London versautet, dem Antrag der spanischen Bolschewisten auf Einberufung einer Sondertagung des Völkerbundes zur Erörterung der spanischen Lage ablehnend gegenüber. Es wird die Ansicht vertreten, daß eine derartige Tagung keinem nützlichen Zweck dienen könne und vielleicht sogar zu einer Verschlimmerung der Lage beitragen würde. Eine derartige Tagung würde im günstigsten Falle ernst den Grundsatz der Nichteinmischung bestätigen, der bereits angenommen worden sei.

*

Grauenhaftes Chaos in Barcelona.

Ein belgischer Journalist, der sich aus dem roten Spanien nach dem Grenzort Cerbere durchgeschmuggelt hat, berichtet in wunderschönen Feststellungen über den Mannschafts- und Nachschub der spanischen Bolschewisten. Danach gibt es in der französischen Grenzstadt Perpignan eine regelmäßige Kaserne der spanischen Roten Miliz, die als Durchgangsstation für alle aus Frankreich kommenden Freiwilligen dient. Von hier aus gehen täglich rund 1000 Männer nach Barcelona. Die Stärke der sowjetrussischen Hilfsmannschaften in Madrid wird in ausländischen Diplomatenkreisen in dem Grenzort St. Jean de Luz auf Grund von Berichten aus der spanischen Hauptstadt selbst auf 20000 Mann geschätzt.

In Barcelona herrscht nach ergänzenden Berichten ein grauenhaftes Chaos, aus dem jeder einständige Mensch so schnell wie möglich wieder hinaus wolle. Die Bolschewisten auf der Piazzette mären selbst Spaniern "gejötig", vorausgesetzt, daß ungehöre Beleidigungsummen hinterlegt werden. Wenn die Polizisten genug hätten, würden sie selbst das Beste. In den kollektivierten Industriebetrieben Kataloniens werde kaum noch gearbeitet. Rohstoffmangel mache die Arbeiter brotlos und zwinge sie, in die Rote Miliz einzutreten.

Die Fahnenflucht reise in der Miliz größere Lücken als der Tod auf dem Schlachtfeld.

Wie in Madrid ist Deutsche Botschaft, so ist jetzt auch das Deutsche Konsulat in dem roten Hafen Cartagena nach der Abreise des Konsuls von den Bolschewisten überfallen und geplündert worden.

Nach einer Meldung der Radio-Agentur haben die Flugzeuge der nationalen Streitkräfte in Spanien einen Luftangriff auf den roten Hafen von Malaga unternommen und mehrere sowjetrussische Schiffe, die im Begriff waren, Waffen und Munition auszuladen, mit Bomben belegt. Durch die Fliegerbomben wurden ein sowjetrussisches Schiff versenkt und ein roter Torpedobootsjäger schwer beschädigt.

Rom droht mit dem Austritt aus dem Völkerbund.

Nach einer Meldung des "Intransigeant" aus Genf beabsichtigt die Italienische Regierung an dem Völkerbund anzutreten, wenn Vertreter der bolschewistischen Gewalthaber in Valencia an der Völkerbundratstagung teilnehmen sollten, die am 7. Dezember beginnt. Die Italienische Regierung hat in London und in Paris wissen lassen, daß ihre künftige Einstellung zum Völkerbund von der Haltung abhängt, die sich beide Westmächte gegenüber der "Regierung" von Valencia einnehmen werden. In sogenannten Genfer diplomatischen Kreisen ist man der Ansicht, daß die Machthaber von Valencia, deren Vertreter Mitglied des Völkerbundsrats ist, weiterhin berechtigt sein soll, die Interessen Spaniens in Genf zu vertreten. Die Anerkennung Francos durch Deutschland und Italien ändert an dem Zustand nichts, zumal Deutschland aus dem Völkerbund ausgetreten sei und Italien schon längere Zeit der Genfer Organisation seine Mitarbeit verweigert habe. Der Führer der spanischen Delegation zu dieser Tagung ist der Botschafter der Valencia-Regierung in London, Azcarate.

Einberufung des Völkerbundes gefordert.

Das Deutsche Nachrichtenbüro meldet aus Genf: Im Völkerbundesrat ist eine Note der spanischen Bolschewisten in Valencia eingegangen, in der die Einberufung des Völkerbundes im Hinblick auf die gegenwärtige internationale Lage Spaniens verlangt wird.

Horthy in Wien.

Reichsverweser von Horthy mit Gemahlin sowie Ministerpräsident Daranyi und Außenminister von Kanaya trafen Sonntag vormittag mit einem Sonderzug aus dem Wiener Ostbahnhof ein. Zum Empfang der hohen Gäste hatten sich Bundespräsident Miklas, Bundeskanzler Dr. Schuschnigg mit allen Mitgliedern der Regierung sowie die Spalten der militärischen und zivilen Behörden eingefunden.

Auf der ganzen Strecke bis Wien zeigten alle Bahnhöfe die österreichische und ungarische Flagge. Auf den Hauptstraßen Wiens bildeten Truppen der Wiener Garnison Spalier. Kurz nach der Ankunft begab sich Reichsverweser von Horthy zum Ballhausplatz, um zuerst dem Staatspräsidenten und dann dem Bundeskanzler seinen Antrittsbeispiel zu machen, den diese dann später erwideren. Ebenso stattete der Ministerpräsident Daranyi dem Bundeskanzler einen Besuch ab. Hierauf legte der Reichsverweser sowohl am Heldendenkmal als auch am Marinendenkmal Kränze nieder.

Anschließend begab sich der Reichsverweser in die Habsburger Gruft der Kapuziner-Kirche zum Sarkophag seines ehemaligen Obersten Kriegsherrn, Kaiser Franz Joseph, um dessen Andenken mit einem Blumengebinde zu ehren.

Republik Polen.

Hohe Gefängnisstrafen

im Wanderbund-Prozeß.

In dem Prozeß gegen 40 junge Deutsche, denen die Anklage Geheimbündnisse zur Last legt, wurde am Sonnabend nachmittag vor dem Bezirksgericht in Tarnowitz das Urteil gefällt. Die Hauptangestellten Helmuth Horodkojez und Erich Freier, der sich seit dem 11. Juli 1936 in Haft befindet, wurden zu 2½ Jahren Gefängnis verurteilt. Neun Angeklagte erhielten je ein Jahr, sieben Angeklagte je acht Monate, acht Angeklagte je sechs Monate Gefängnis; sieben Angeklagte wurden zur Unterbringung in einer Justizanstalt verurteilt; sieben Angeklagte wurden von Schuld und Strafe freigesprochen.

Die Angeklagten Horodkojez und Freier wurden unverzüglich nach der Urteilsverkündung ins Gefängnis abgeführt. Sie sollen gegen Unterlegung einer Kanton in Höhe von 6000 Zloty wieder auf freien Fuß gesetzt werden.

In der Begründung des Urteils hob der Vorsitzende, wie der "Ilustrowany Kurjer Codzienny" berichtet, hervor, daß der Wanderbund nach dem Muster der Hitler-Jugend organisiert, vom Ausland finanziert und von fremden ausländischen Instrumenten geleitet gewesen sei.

Protest gegen die Verjudung

der polnischen Anwaltschaft.

Der diesjährige Jahrestag der Warschauer Anwaltskammer, die am Sonnabend begonnen hat, wurde ein von 280 Anwälten unterzeichneter Antrag vorgelegt, der eine Schließung aller polnischen Anwalts- und Rechtsprechungsstellen für die Juden fordert, bis die Zahl der jüdischen Anwälte soweit gesunken ist, daß sie dem Anteil der jüdischen Bevölkerung in Polen entsprechen.

Neue Revolte ukrainischer Bauern.

Aus der Zentral-Ukraine treffen Nachrichten von einer blutigen Bauernrevolte ein. In der Stadt Taraschta erhoben sich die Bauern gegen die örtlichen Sowjetbehörden. Als die Spezialabteilungen der GPU eingesetzt wurden, um die Revolte niederzuschlagen, stießen sie überraschend auf bewaffneten Widerstand. Es kam zu einem blutigen mehrstündigen Gefecht, bis die Bauern in die umliegenden Wälder abgedrängt wurden, wo sie einen zähen Kleinkriegsgegner leisteten. Es mußte Sowjetkavallerie eingesetzt werden, um der aufständischen Bauern Herr zu werden. Bei den Untersuchungen ergab sich, daß die überraschende Bewaffnung ukrainischer Bauern dadurch zustande gekommen war, daß frühere Soldaten der roten Armee ihre Waffen den Bauern zur Verfügung gestellt und sich in die Reihen der Opposition gegen den Staat eingegliedert hatten. Im Gegensatz zu den ihnen gemachten Versprechungen fanden die Soldaten nach der Heimkehr aus der roten Armee ihre Familien in größter Not vor. Sie erkannten, daß das Bauerntum völlig vereinigt, so daß auch sie von der allgemeinen Empörung und Verzweiflung geprägt wurden, die jetzt zum Aufstand geführt hat.

Wasserstand der Weichsel vom 30. November 1936.

Krakau + 2,82 (- 2,75), Rawitsch + 1,55 (+ 1,61), Warshaw + 1,40 (+ 1,64), Bielsk + 1,30 (+ 1,48), Thorn + 1,63 (+ 1,93), Gorodz + 1,62 (+ 1,94), Culm + 1,56 (+ 1,86), Graudenz + 1,80 (+ 2,07), Kurzberab + 1,96 (+ 2,15), Biebel + 1,46 (+ 1,58), Dirschau + 1,56 (+ 1,64), Einlage + 2,18 (+ 2,40), Schlesienhorst + 2,34 (+ 2,50). (In Klammern die Meldung des Vorages.)

Eine zweite Besprechung des Führers mit Kardinal Faulhaber.

Aus Berlin wird gemeldet:

Der Führer und Reichskanzler Adolf Hitler hat in der vergangenen Woche den Münchener Kardinal Dr. Faulhaber in Berchtesgaden aufs neue empfangen. Diese neuzeitliche Begegnung zwischen dem Führer des Reiches und dem Münchener Kardinal-Erzbischof hat in kirchlichen Kreisen natürlich großes Aufsehen erregt. Man muß nämlich bedenken, daß sich früher beide Männer in München jahrelang gewissermaßen aus dem Wege gegangen sind, so daß es in der Tat vor wenigen Wochen zum ersten Zusammentreffen dieser Männer überhaupt gekommen war. Und nun gleich darauf die zweite Begegnung. In einer mehrstündigen Unterredung sollen bei dieser Gelegenheit wieder die schwedenden Angelegenheiten in dem Verhältnis von Staat und Kirche erörtert worden sein.

Bei seinem zweiten Besuch bei dem deutschen Führer und Reichskanzler war Dr. Faulhaber vom österreicher Kardinal Dr. Schulte begleitet worden. Der hochoffizielle Charakter des Berchtesgadener Besuches dürfte dadurch besonders interessant worden sein. Von den drei Kardinälen der katholischen Kirche in Deutschland sind also zwei davon beteiligt gewesen. Das Februar des dritten Kardinals, des Kardinals Dr. Bertram-Breslau, erscheint freilich auffällig. Denn gerade der Breslauer Kardinal hatte erst noch kürzlich von den Kirchenkonzern seiner Diözese einen gegen die staatliche Kulturpolitik ziemlich kritisch gehaltene Hirtenbrief verlesen lassen, der schon deshalb allgemeine Verwunderung erregte, weil zwischen Staat und Kirche neue Fühlung genommen war, um zu einem Ausgleich miteinander zu kommen.

In kirchlichen Kreisen hält man es nicht für ausgeschlossen, daß innerhalb des deutschen Episkopats gewisse Meinungsverschiedenheiten darüber bestehen, welche Haltung dem Nationalsozialistischen Staat gegenüber einzunehmen ist. Eine Minderheit, zu der offenbar der Breslauer Kardinal zu rechnen ist, wünscht, daß mehr kurz getreten wird. Auf der anderen Seite ist natürlich durch die Begegnung des Münchener Kardinals mit dem Führer und Reichskanzler auch für die Katholische Kirche ein erheblicher Auftrieb gegeben, mit dem Staat zu einer besseren Verständigung zu gelangen.



Die Polnischen Gerätemeisterschaften ohne Deutsche Turnerschaft in Polen.

In Katowitz wurden am gestrigen Sonntag die ersten "Allpolnischen Turnmeisterschaften" ausgetragen. Besonders geprägt war man auf das Abschneiden der Turner der DT in Polen, die mit ihren 6500 Mitgliedern gegenüber den mehr als 85000 Mitgliedern des Soló zahlmäßig ganz in den Hintergrund treten, aber nur zahlenmäßig, denn schon das erste Zusammentreffen von Soló und DT beim "Ersten Turnschritt" im Mai d. J. in Baruth zeigte die Überlegenheit des deutschen Turners. Es ging bei diesem "Ersten Turnschritt" darum, die drei besten Jungturner zu ermitteln, und die beiden ersten Plätze wurden von Deutschen belegt. Max Simmich vom MTV Bromberg und R. Weiß vom MTB Posen siegten vor dem polnischen Turner Henryk Szafrański (Baruth).

Leider konnte die DT in Polen an der Veranstaltung in Katowitz nicht teilnehmen. Die Gründe dafür, daß die deutschen Turner in Polen sich nicht zu den Meisterschaften gemeldet haben, sind aus folgendem Schreiben des Vorsitzenden der Deutschen Turnerschaft in Polen ersichtlich:

"Heute und morgen finden in Katowitz die polnischen Gerätemeisterschaften statt, bei denen der beste Geräteturner Polens ermittelt werden soll. Bisher wurden diese Meisterschaften nur innerhalb des polnischen Turnerverbandes 'Soló' ausgetragen, diesmal sollten auch die Turnverbände der Minderheiten berücksichtigt werden. Doch sind nach den bisherigen Veröffentlichungen von den Minderheiten keine Meldungen eingegangen. Auch die Deutsche Turnerschaft in Polen war nicht in der Lage, ihre besten Turner zu schicken.

Schon die Form der Verlautbarung war derart, daß sie der Deutschen Turnerschaft in Polen nur auffällig zur Kenntnis kam. Sond ist es üblich, daß zu solch wichtigen Veranstaltungen an die einzelnen Verbände besondere Einladungen ausgeschickt werden. Die Ausschreibung der Meisterschaft erfolgte jedoch durch das Radios und durch die polnischen Tageszeitungen. Es war also dem Zufall überlassen, daß die Minderheiten davon Kunde erhalten.

Dazu kam, daß die Bekanntmachung viel zu spät erfolgte, so daß für die Vorbereitung die Zeit viel zu kurz war. Die Verlautbarung erschien angeblich in der Zeit vom 22. bis 24. Oktober. Den Teilnehmern blieben demnach nur 5 Wochen zum Üben der Pflichtübungen. Da die Deutsche Turnerschaft erst zwei Wochen später von der Verlautbarung Kenntnis erhielt, so schrumpfte für ihre Turner die Vorbereitungszeit auf knappe drei Wochen zusammen. In dieser Zeit war ein Erlernen der Übungen ein Ding der Unmöglichkeit. Es wurden nämlich als Pflichtübungen die Olympischen Pflichtübungen vorgeschrieben. Wir wissen, daß die polnische Mannschaft, die für Berlin anstreben war, diese Übungen nach einjährigem Üben nicht in der Weise beherrschte, daß sie hätte eingetragen werden können. Darum fehlte ja Polen bei den Turnmeisterschaften der Männer in Berlin. Diese Übungen hätten von unseren Turnern in fünf, bzw. in drei Wochen erlernt werden sollen. Nun haben wir ja einige gute Turner, die wir ruhig in einem Wettkampf mit den polnischen Turnern antreten lassen können, aber so gut sind sie doch nicht, daß sie Übungen, an denen sich die besten Turner vieler Staaten ein Jahr lang und noch länger in eifriger Weise mühten, in einer solch kurzen Zeit beherrschten können. Wir treten gern in einem Wettkampf ein, doch müssen die Voraussetzungen die gleichen sein. Der Polnische Turnerverband wird wahrscheinlich seine Turner in den Wettkampf schicken, die in ihrer Mehrzahl die Vorbereitung für die Olympiade gemacht haben und somit die Pflichtübungen, wenn auch nicht vollständig, so doch zum größten Teil beherrschten. Der Kampf wäre so im vorhinein ein unsichtbar gewesen.

Die Deutsche Turnerschaft ist gern bereit auf turnerischem und sportlichem Gebiet mit den polnischen Verbänden zusammenzuarbeiten und auch an Wettkämpfen mit ihnen teilzunehmen, doch kann sie dies nur unter gleichen Voraussetzungen tun.

Der Vorsitzende der Deutschen Turnerschaft in Polen.

*

Die Sieger und Siegerinnen.

Bei den Katowizer Gerätemeisterschaften in Katowitz, an denen sich erneut nur polnische Turner und Turnerinnen beteiligten, gingen von den Männern als Sieger hervor:

1. Dolomy (Warshaw) mit 101,75 Punkten,
2. Bregula (Oberschlesien) mit 97,15 Punkten,
3. Gryfka (Katowitz) mit 95,20 Punkten.

Bei den Frauen belegten die ersten drei Plätze:

1. Fr. Majowska (Oberschlesien) mit 84,55 Punkten,
2. Fr. Skyrinska (Krakau) mit 84,15 Punkten,
3. Fr. Sieronska (Oberschlesien) mit 83 Punkten.

Fußball-Wettkampf Berlin — Krakau.

In Berlin wurde am Sonntag das Fußball-Wettkampf zwischen den Vertretungen der Städte Berlin und Krakau ausgetragen. Berlin gewann knapp 5 : 4 (3 : 2).

Ein modernes Postamt.

Einweihung des neuen Postgebäudes neben dem Hauptbahnhof.

Bromberg, 20. November.

Am Sonntag um 12 Uhr mittags fand die feierliche Einweihung des neuen Postamtes Bromberg 2, neben dem Hauptbahnhof statt. Den feierlichen Einweihungsakt vollzog der Dekan Stepczynski in der Haupthalle des neuen Gebäudes in Anwesenheit zahlreicher Vertreter der Civil- und Militärbürokratie, sowie der hiesigen Wirtschaftskreise. Anschließend waren wurden in dem im ersten Stockwerk untergebrachten Besesaal aus Anlaß der Eröffnungsfeierlichkeiten einige Ansprachen gehalten. Nach einleitendem Gesang des Männergesangvereins der Postbeamten sprachen der Direktor des Post- und Telegraphenamtes Ing. Koziuk, ferner Bizestarost Nowakowski, Stadtpräsident Barciszewski und Postvorsteher Wojciechowski. Zwischen den einzelnen Ansprachen spielte eine im Nebenraum aufgestellte Kapelle.

Bei einem Rundgang durch das Gebäude, in dem jetzt sämtliche Abteilungen des Postamtes einschließlich der Zollabteilung untergebracht wurden, konnte man einen Überblick gewinnen über die praktische und zweckmäßige Anordnung und Einrichtung der einzelnen Räume. Während sich im Erdgeschoss die bequeme und sehr geschmackvolle Halle für die Abfertigung des Publikums befindet, sind in dem ersten und zweiten Stockwerk die verschiedenen Amtsaufstellungen untergebracht. Das neue Postamt führt die Abfertigung der Post von 48 Eisenbahnzügen durch und ist imstande, innerhalb 24 Stunden 25 000 Briefsendungen, etwa 40 000 Postpakete und einige Tausend andere Arten von Postsendungen zu erledigen. Außerdem besitzt das neue Postamt seinen besonderen Charakter als Postamt, das die ausgehenden und ankommenden Sendungen für ganz Pommern verzollt. Das neue Postamt besitzt u. a. auch ein eigenes Anschlußgleis. Die Vorteile des neuen Gebäudes sind deshalb rasche und bequeme Abfertigung des Publikums und verbesserte Arbeitsbedingungen für das Personal.

Mit dem heutigen Tage ist das neue Amt bereits in Betrieb genommen worden.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strenge Verantwortlichkeit zugesichert.

Veränderliche Bewölkung.

Die deutschen Wetterstationen länden für unser Gebiet veränderliche Bewölkung, vereinzelte Regensfälle bei Temperaturen einige Grad über Null an.

Arbeitet zu Nutz und Freude!

Gedanken zu den Weihnachtsausstellungen.

In diesen Tagen öffnen die Weihnachtsausstellungen wiederum ihre Tore und zeigen die Fülle der von fleißiger Frauenhand gefertigten oder von Arbeitslosen gebastelten Dinge. Diese Ausstellungen melden alljährlich Weihnachten mit all seinen Geschenksorgen und Nöten, den heimlichen Freunden und unendlichen Mühen deutscher Menschen. Die vielen Dinge, Handarbeiten, Spielzeug, praktisches und auch manch unpraktisches Gerät haben etwas gemeinsam, den Fleiß und die Not. Diese führen oder ahnen wir, wenn wir die Geister der Menschen ansehen, die diese Sachen arbeiten. Oft ist es die Not ums tägliche Brot oder der Wunsch deutscher Mütter durch diese paar Groschen mehr ihrer eigenen Familie ein Weihnachten ausrichten zu können, oder es ist der Wille eines Arbeitslosen zu einer Beschäftigung zu kommen. Alle Arbeiten, ob gehämmert, gesägt, gewebt, gestrickt oder genäht, wollen helfen in alle deutschen Heime Weihnachten zu bringen.

Um diesen Sinn ganz zu erfüllen, müssen diese Arbeiten dem Besucher etwas geben und auch ihm Freude vermitteln. Solange dies nicht erfüllt wird, bleiben die Ausstellungen keine Wohltätigkeitsveranstaltungen. In unserer Zeit müssen wir versuchen diese Ausstellungen zu einer gesunden Hilfe für die Heimarbeiter zu machen. Besucher und Hersteller müssen beide gleichen Anteil am Nutzen, wie an der Freude haben. Dem Suchenden durch reiche und brauchbare Auswahl seine Geschenksorgen zu einer Weihnachtsfreude werden zu lassen und dem, der fleißige Arbeit geleistet hat, einen reichlichen Weihnachtsgroschen zukommen zu lassen, muß das Ziel sein.

Wenn wir dieses Ziel erreichen wollen, müssen wir einige Voraussetzungen erfüllen. Die Stücke müssen sauber und geübt gearbeitet, brauchbar und aus edlem und gutem Material sein. Sie müssen auch Schönheit in Farbe und Form zeigen. Hierzu muß sowohl der Besucher wie der Aussteller erzogen werden. Eine planvolle Leitung und Beratung für die Herstellung der Dinge könnte in einer Reihe von Jahren diese Erziehungsaufgabe leisten.

Im Augenblick müssen wir uns stärker dem Gebrauchsgegenstand zuwenden als irgend einem Luxusartikel. Es sei damit nichts gegen übereilige Dinge gesagt, sie können sehr schön sein und viel Freude vermitteln. Wenn jedoch jemand einen Brotkorb zu Hause nötig hat, dann helfen noch so schöne und sauber gearbeitete Körbe nicht, die in reicher Auswahl immer vorhanden sind, er wird mit leeren Händen aus der Ausstellung gehen, wenn er ihn nicht findet. Eine Leitung hat dann die Aufgabe, den Ansatz der Kräfte richtig zu lenken. Auch diejenigen, die gute Filigranarbeiten machen und auch weiter machen wollen, müssen einmal angeregt werden, nützliche Dinge des täglichen Bedarfs herzustellen. Es können statt Einödien und Decken Hängematten oder Matratzen gemacht werden. Auch der geringste Gebrauchsgegenstand will mit der gleichen Liebe und Sorgfalt durchgebildet werden wie jeder andere und ist es wert, daß man dies tut.

Neben der Geschmacksbildung kann durch die Ausstellungen die Überwindung einer überall herrschenden Phantasielosigkeit und Oberflächlichkeit angestrebt werden. Es soll nicht nur so sein, daß wir hinkommen, um etwas zu kaufen, sondern auch so, daß wir uns anregen lassen zu eigener Arbeit. Der Wert der selbstgefertigten Sachen soll durch die Ausstellungen in ein ganz anderes Licht gerückt werden. Eine Ausstellung ist als Gelungen zu bezeichnen, wenn wir noch wochenlang darüber sprechen können und uns auch gelegentlich an dies und jenes Stück erinnern, um es einmal selber zu machen. Ist es nicht viel schöner, ein Geisenk zu erhalten, über das lange nachgedacht und das mit Liebe in Hörmlichkeit gearbeitet wurde, als eins, das am Tage vor Weihnachten schnell, bloß um nicht mit leeren Händen dazustehen, gekauft wurde?

Der Wert des Geschenkes und der Heimarbeit wiederfinden zu helfen ist die schönste Aufgabe, die diese Ausstellungen haben.

Deutsche Lotterie darf nicht gespielt werden.

Der 50jährige Reichsdeutsche Karl Lindenberger aus dem Kreise Inowrocław hatte seit dem Jahre 1924 eine deutsche Klassenlotterie gespielt. Während einer von Finanzbeamten bei dem Gutsbesitzer durchgeführten Prüfung der Bücher wurden unter den übrigen Kassenbelegen auch die deutschen Lotterielose vorgefunden. Nach Aufnahme eines Protokolls leitete das Finanzamt die Angelegenheit an die Staatsanwaltschaft weiter, die gegen Lindenberger Anklage wegen überlaubten Spiels einer ausländischen Klassenlotterie erhob. Er hatte sich jetzt vor dem Strafgericht des hiesigen Bezirksgerichts zu verantworten.

Der Angeklagte führte zu seiner Verteidigung Folgendes an: Er ist Reichsdeutscher, wohne jedoch seit dem Jahre 1919 ständig in Polen. In Deutschland besitzt er gleichfalls ein Landgrundstück. Den Verwalter dieses Grundstückes habe er beauftragt, für ihn ein Los der deutschen Klassenlotterie zu kaufen, das sich während der Spielperiode auch im Besitz seines Verwalters befand. Erst nach der jeweiligen Beendigung habe er sich die Lose zwecks Kontrolle ausdrucken lassen. Da er auf seinem Gut hier in Polen stets eine genaue Buchführung hält, besitzt er auch ein Hilfsbuch, um über den Wirtschaftsstand seines Gutes in Deutschland unterrichtet zu sein. In diesem Buch waren auch die verausgabten Beträge für die Lose eingetragen. Daß es ihm als Reichsdeutschen nicht erlaubt sei, an einer deutschen Klassenlotterie teilzunehmen, habe er nicht gewußt.

Nach Schluß der Beweisaufnahme verurteilte das Gericht den Angeklagten zu einer Geldstrafe von 200 Złoty und einer Woche Arrest. In der Urteilsbegründung führte das Gericht aus, daß es für einen Ausländer, der ständig seinen Wohnsitz in Polen habe, strafbar sei, eine ausländische Lotterie zu spielen.

§ Eine Sammelwoche für das Polnische Winterhilfswerk ist mit dem gestrigen Sonntag eröffnet worden. Vom 29. November bis zum 12. Dezember finden Straßen- und Haussammlungen für das Polnische Winterhilfswerk statt.

§ Nochmals der Bekleidungsprozeß Bauer-Eisevski. In dem Bekleidungsprozeß, den der frühere Direktor der Bank Stadthagen gegen den hiesigen Rechtsanwalt Bernard Eisevski angestrengt hatte, fand abermals eine Verhandlung vor dem hiesigen Bezirksgericht statt. Der Prozeß, der schon durch verschiedene Instanzen lief, und mit dem sich zuletzt das höchste Gericht beschäftigt hatte, wurde aus formalen Gründen zur nominalen Verhandlung dem hiesigen Bezirksgericht überwiesen. Bekanntlich handelt es sich in diesem Prozeß darum, daß der Angeklagte, Rechtsanwalt Eisevski, im Café „Adler“ zu einigen Herren von der Existenz eines Strafregisters gesprochen habe, nach welchem Dir. Bauer mehrmals wegen Diebstahls vorbestraft sei und ihm im Zusammenhang mit diesen Strafen die bürgerlichen Ehrenrechte abgesprochen worden waren. In der jetzigen Verhandlung erklärt Rechtsanwalt Eisevski, wie schon in den früheren Verhandlungen, daß er lediglich von der Existenz eines Strafregisters gesprochen habe, wonach der Privatkläger vorbestraft sei. Dagegen bestreite er es entschieden, behauptet zu haben, daß Direktor Bauer wegen Diebstahls vorbestraft war. Während der Verteidiger des Privatklägers, Rechtsanwalt Dr. Jurek, im Namen seines Mandanten nach längerem Plädoyer strenge Bestrafung des Angeklagten beantragt, plädiert der Verteidiger des Angeklagten, Dr. Murach, um Freispruch. Nach kurzer Beratung verkündet das Gericht folgendes Urteil: Die Berufung des Privatklägers wird als unbegründet zurückgewiesen. Das Urteil der ersten Instanz, in der Rechtsanwalt C. freigesprochen wurde, wird vom Gericht bestätigt. Die Kosten der Klage trägt der Privatkläger. In der Urteilsbegründung wird ausgeführt, daß der Angeklagte nur von der Existenz eines Strafregisters gesprochen habe. Dir. Bauer hat Kassation angemeldet.

§ Zimmer wieder Schwarzfahrer. Auf dem hiesigen Bahnhof wurde der 18jährige Stefan Michalek aus Błocławek festgenommen, als er ohne Fahrkarte mit dem Zug Warschau-Gdingen in Bromberg eingetroffen war.

§ Vorsicht vor Dieben scheint auch in den hiesigen Kaffeehäusern am Platz zu sein. In der Konditorei Rook versuchte ein Mann einem Gast einen Mantel zu stehlen, wie das vor einigen Tagen in einem Café in der Brückenstraße der Fall gewesen ist. Aber auch hier konnte der Täter verhaftet und ihm die Beute abgenommen werden.

§ Sein Pferd verjüngt hatte der 51jährige Arbeiter Jan Gąz, wohnhaft in Neudorf, Kreis Bromberg. Er hatte in dem Ausweis seines Pferdes die Jahreszahl 1926 in 1927 umgeändert, wofür er sich jetzt vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts zu verantworten hatte. Während der Angeklagte sich bei der Polizei zu der Täuschung bekannte, gibt er jetzt vor Gericht an, daß nicht er, sondern sein Sohn den Ausweis gefälscht habe. Das Gericht verurteilte den C., der bereits siebenmal vorbestraft ist, zu einem Monat Arrest.

§ Ihren Arbeitgeber systematisch bestohlen hatten die beiden Dienstmädchen, die 38jährige Ernestine Tober und die 20jährige Herta Wallburg, die bei dem Kaufmann Reinhold Bensel in Dobry, Kreis Bromberg beschäftigt waren. Während die Tober nach und nach 250 Złoty aus der Kasse entwendete, stahl die Wallburg etwa 120 Złoty. Beide Dienstmädchen hatten sich jetzt vor dem hiesigen Bürgergericht zu verantworten. Die L. gibt den Diebstahl des oben angegebenen Betrages zu, dagegen behauptet die W. nur 40 Złoty entwendet zu haben. Das Gericht verurteilte die Angeklagten zu je zwei Monaten Arrest mit dreijährigem Strafauftschuß.

§ Ein Soldat hatte sich in dem 36-jährigen Arbeiter Stefan Korowiski aus Przyłęki, Kreis Bromberg, vor dem hiesigen Bürgergericht zu verantworten. Im Januar d. J. stahl der Angeklagte zusammen mit dem Stanisław Rogiński aus dem Beleger Torit eine größere Menge Holz im Werte von 70 Złoty. Der Angeklagte, der sich zur Schuld bekenn und angibt, den Diebstahl mit Rogiński ausgeführt zu haben, wurden zu acht Monaten Gefängnis verurteilt. Er hatte sich schon früher vor Gericht zu verantworten gehabt und erhielt damals gleichfalls acht Monate Gefängnis.

§ Nicht weniger als sieben Fahrraddiebstähle wurden in den letzten Tagen verübt. Leider werden alle Warnungen, die Fahrräder nicht unbeaufsichtigt stehen zu lassen, zu wenig beachtet, so daß es den Dieben allzu leicht gemacht wird, ein ungeschicktes Fahrrad zu entführen. Das Wort, daß Gelegenheit Diebe macht, ist gerade in unserer schweren Zeit besonders wahr, weshalb doppelter Vorsicht am Platze ist.

*
Beineer, Veranstaltungen und besondere Nachrichten.

Ausstellung „Häuslicher Fleisch“. Morgen um 16 Uhr: Eröffnung. Um 16½ Uhr kommt Fleische zu den Kleinen. Um 18 Uhr Vorträge über neue Wege und Ziele der Ausstellungen.

Deutscher Frauenbund.

Erböschleicherinnen bringen einen Gesunden in Irrenhaus.

Am Sonnabend wurde in Posen durch das Bezirksgericht das Urteil in der sensationellen Angelegenheit der Familie Pacek bekanntgegeben. Familienangehörige hatten einen vollständig gesunden Bruder in einem Irrenhaus untergebracht, um einen größeren Teil der Erbschaft zu erhalten. Das Gericht erkannte Pelagia Pilits und Stanisława Pacek für schuldig, ihren Bruder Jan Pacek der Freiheit beraubt zu haben, indem sie ihn in der Owińskier Irrenanstalt unterbrachten, obwohl er damals vollständig gesund war und sich auch jetzt bester Gesundheit erfreut. Man hatte seinerzeit eine andere frische Person mit den Papieren des Bruders einem Arzt zur Untersuchung vorgeführt und dann den bedauernswerten Bruder in das Irrenhaus eingeliefert. Das Gericht verurteilte Pelagia Pilits zu drei Jahren Gefängnis und Stanisława Pacek zu zwei Jahren und sechs Monaten Gefängnis unter Anrechnung der Untersuchungshaft. Die Hälfte der Strafe ist den Benannten auf Grund der Amnestie erlassen. Den beiden Verurteilten wurden die bürgerlichen Ehrenrechte für die Dauer von sechs Jahren abgesprochen.

Überfall auf einen Propst.

Am Sonntag nachmittag wurde in Schwierenz bei Posen auf den Propst Koziuk ein Überfall verübt. Ein unbekannter Täter gab auf den Geistlichen einen Schuß ab, durch den die Kleidung des Propstes beschädigt wurde. Als der Bandit weiter schießen wollte, versagte die Waffe. Auf die Hilferufe eilte der Bifor Rhode zu Hilfe und der Täter floh. Die nachrichtigte Polizei nahm eine Verfolgung auf und konnte den Banditen auf dem Posener Hauptbahnhof verhaften.

§ Argenau (Gniezno), 29. November. In Radziejewice kam es in einer Versammlung während der Diskussion zu einer schweren Schlägerei, so daß der Saal von der Polizei geräumt werden mußte.

§ Crane (Koronowo), 29. November. Bei dem Landwirt Karl Heise in Sironko stahlen Diebe 40 Legehühner, Hühner und Gänse. — Dem Landwirt Max Schuhle in Alt-Jaschinie wurden mehrere Bentner Roggen vom Scheunenflur gestohlen.

* Jordon, 29. November. In einer der letzten Nächte schlachteten Diebe in dem Stall des Kätners Gukowski in Marienfelde (Marienpol) ein drei Bentner schweres Schwein und entkamen dann mit ihrer Beute.

Der heutige Wochenmarkt brachte große Zusatzauf. Butter kostete 1,10—1,20, Eier 1,40—1,60 die Mandel und Kartoffeln 2,00 der Bentner.

ss Gnesen (Gniezno), 29. November. Auf dem Felde des Propstes Bieliński in Lubowo wurde ein Steinleiterengrab entdeckt. Es wurden darin bronzenen Gegenstände, wie Schnallen, Nadeln, Ohr- und Fingerringe u. a. gefunden.

Im Pferdestall des Landwirts G. Teichmann in Minikowo explodierte eine Petroleumlampe, wodurch ein Bett und ein Teil der Garderobe des Knechtes Florian Gozdowski der körperlichen Schaden erlitt. Verbrennt. Infolge des entstandenen Rauches sind die Pferde des Besitzers erkrankt.

z Inowrocław, 27. November. Das Dienstmädchen Marie Seigner, Król, Jadwiga 6, rutschte auf der Treppe so unglücklich aus, daß sie herunterstürzte und bewußtlos liegen blieb. Mit schweren Verletzungen und Armbusch wurde sie mittels Droschke ins Krankenhaus eingeliefert.

Vor der Strafkammer hier hatte sich der Briefträger Fr. Lewandowski wegen Aneignung von Postgeldern in Höhe von ca. 500 Złoty zu verantworten. Nach anfänglichem Leugnen gestand L. die Unterfahrung ein, woraufhin gegen ihn ein Strafverfahren eingeleitet wurde. Das Gericht verurteilte ihn zu acht Monaten Gefängnis, zum Verlust der bürgerlichen Rechte auf drei Jahre und zur Entzugung der Gerichtskosten.

ss Schubin (Schubin), 27. November. Der Kreisstag hat auf der letzten Sitzung beschlossen, für den Landesverteidigungsfonds 20 000 Złoty zu sammeln, so daß der Kreis bisher für denselben 40 000 Złoty aufgebracht hat. Die Spenden seitens der Bevölkerung betragen 16656 Złoty. Ferner haben die Städte Schubin 200 Złoty, Eyrin 200 Złoty, Labischin 400 Złoty und Bartshin 503 Złoty für denselben Zweck gestiftet.

+ Wirsitz (Wyrzysk), 29. November. Ein Einbruchssdiebstahl wurde in den Abendstunden bei dem Gärtner des Gutes Palmirowo verübt. Die Diebe stiegen in die Wohnung ein und räumten diese aus. Nur einige alte Sachen verblieben dem Gärtner, der während der Zeit bei einem Bekannten auf dem Gut weilte.

ss Znin, 27. November. Vor der Außenabteilung des Bromberger Bezirksgerichts hatten sich der 28jährige Bolesław Grabl aus Ryszewo und sein 25jähriger Bruder Jan zu verantworten. Den Angeklagten wurde zur Last gelegt, während eines Waldvergnungens den Förster Henryk Ostrowski aus Glebozec, Kreis Mościno, durch Messerstich so schwer verletzt zu haben, daß er sieben Wochen im Krankenhaus hat zu bringen müssen. Acht Zeugen belasteten die Angeklagten sehr, so daß jeder zu 15 Monaten Gefängnis verurteilt wurde.

Wohltätigkeitsbazar für das Polnische Winterhilfswerk.

Wir werden um Veröffentlichung folgender Notiz gebeten: Das Städtische Komitee für Winterhilfe plant einen großen Bazaar zum Besten der Arbeitslosen. Dem Appell des Stadtratspräsidenten folgend haben sämtliche Vereine in der Stadt und im Landkreis ihre Mitarbeit an diesem Werk der Nächstenliebe anzutreten. Der Bazaar findet am 8. Dezember im Saale „Stara Bydgoszcz“ (Büro des Festivals) am Fleischmarkt statt. Geplant ist eine große Pfefferlotterie, die Aufführung eines elenden Büffets mit kalten und warmen Speisen und Getränken usw. Die Organisation des Bazaars liegt in den Händen der Frau Starostka Sułka, des Büffets in den Händen der Frau Stadtratspräsidenten Barciński. Die technische Ausführung hat Herr Direktor Strzyżewski, die Saaldekoration Frau Gartenbaudirektor Gąbka übernommen. Das Komitee wendet sich an alle deutschen Bürger der Stadt mit der Bitte, die Veranstaltung des Bazaars zu fördern und zwar durch Spenden von Preisen und durch zahlreichen Besuch.

Chef-Redakteur Gotthold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft Arno Ströbe; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Szyk; für Anzeigen und Reklame: Edmund Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann. L. a. o. v. sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich Unterhaltungsbeilage „Der Hausfreund“

Statt besonderer Anzeige.

Am 26. November entschließt sich der Tod nach schwerem Leid unsre innig geliebte, treusorgende Mutter, Schwiegermutter und Großmutter, Frau

Marie Robikli

geb. Lietke

im Alter von 77 Jahren.

8111

In tiefer Trauer
im Namen der Hinterbliebenen

Fritz Robikli.

Kurzlin. den 28. November 1936.

Für alle uns zur Silberhochzeit erwiesenen Ausmerksamkeiten danken wir herzlich.
Familie Sichtermann.

Jägerhof, den 30. 11. 1936.

3709



Markisenstoffe :: Kokosläufer

Erich Dietrich
Bydgoszcz, Gdańsk 78.

8107

Betz-Mäntel. Mäntel, Kinder-Betz-Mäntel fertigt an 3867

Karl Schöne

Generalna Bema 7, W. 2.

3701

Fort mit der Teuerung!

Spezialist im Schleifen von

Haarschneidemessern, Haars-

schneidebartscherei, Arzt-

u. Friseur-instru-

ment. Schlittschuh, aller

Art, Kunstläufer, s. w.

billig unter Garantie.

Schleiferei Zaist,

Grodzka 5, Eing. ul. Mostowa

797

Wasserdrücke

Pläne und

Verdeckededen

empf. August Flor.

Jeannica 2. Tel. 1830.

Heirat

Junger Landwirt

evgl., 23 Jahre, sucht

Fräulein im gleichen

Alter, w. Heirat. I bis

5 Tausend z. Bermida.

Off. m. Bild u. Nr. 8095

a. d. Gesch. Grubadz.

Witwer, lat. Ende 50.

Bezirk, v. 2 Hälf. Wert

55000 Zl., sucht Bef. ält.

Fräulein, od. kinder. W. w.

Heirat. Etw. Verm.

erwünscht. Offert. unt.

50 z. Pulk. Kazimierz Zachar 10 zl. Kino

"Apollo" 17450 zl. Urzenejny i robotnicy

Zarządu Miejskiego wpłacili 426,10 zl. Urzenejny

miejscowych Urzędów Skarbowych,

Urzędu Opat. Stemplowych, Celnego i Aky-

zowego razem kwoje 233,07 zl. Urzenejny

Ubezpieczalni Spot. i Zakładu Ubezp. Wa-

żajennych 162,32 zl. Pansiwowe Gimnazjum

Humanistyczne 40,40 zl. Grano, profesorów

Miejskiego Kat. Gimnazjum Zenskiego, Miejs-

kiego Gimn. Kupieckiego oraz Gimnazjum im.

Kopernika 129 zl. Sąd Okręgowy i Grodzki

pp. medżowé, prokuratorzy i urzędnicy

176,23 zl. Ekspozycyjna Biura Funduszu Pracy

urzenejny 10,70 zl.

Allen Spendern sage ich herzlichen Dank.

Weitere Spenden nehmen einzig u. allein

entgegen Komunalna Kasa Oszczędności

m. Bydgoszczy, sowie Bank Związków Spółek

Zarobkowych, oddział w Bydgoszczy. 8112

Stadtpräsident (- L. Barciszewski.

Für Weihnachtsarbeiten

Laubsäge-Vorlagen	Farbiges Cellophan
Puppenstucktapeten	Buntapaper
Dachziegelpapier	Glanzpapier
Mauersteinpapier	Seldenpapier
Modellerbogen	Farbiger Karton
Ausschneidebogen	Pappen
Radiomembrankarton	In allen Stärken
Japanpapier	Gummlarabicum
für Modellflugzeuge	Pellikanol
Fensterpapier	Syndeticon
mit farbig. Mustern	Reliefs
Photokarton	Sterne

A. DITTMANN
T. z o. p.

Telef. 3061 BYDGOSZCZ Marsz. Focha 6

Drod's hotel, Danzig

Elisabethkirchengasse 4
empfiehlt sich dem reisenden Publikum 7889
zu allerbilligsten Tagespreisen.

Empfehlung Filz - Trauerhüte

in großer Auswahl
Fr. Porożyńska, Farna 4.

Hausverwalter avg!, erfahren, übern,
noch eine Grundsücks-
verwalt. Max Majewski, Dworcowa 47, W. 10. 8065

Jung.. evgl. Kaufmann,
in guter Position, sucht
ein jung. Mädchen mit
Herzensbildung zwecks

baldiger Heirat

tenn, zu lernen. Verm.
erwünscht. Zu ihr mit
Bild, das zurückgel. w.
unter § 3649 an die

Geschäftsst. d. Zeitg. erb.

Stellengesuch

Suche Stellung als

landwirtlich. 8117

Beamter.

Bin 25 J. a. evana, Abi-
tur., mit 3 Jähr. Praxis,
Militärausb. beendet.

Gärtner Fischer, Kultce.
bei Belpin.

Geldmarkt

Welch alt. Fräulein od.

Witwe im Alter von 3 – 50 Jahr. in etwas

Bermuda von 2 – 500 z.

würde einem in mitti-
alter stehend. Brenne-
reiverwalter 300 Rötl-
leinen zu Übernahme

eines gutgeb. Geschäfts

Sozietät. Heirat zu-
gänglich. Off. erbittet
möglichst mit Bild

Johann Prewoński.

Swarczewo, zw. Pow. Lubawa (Pom.)

Zuschriften unt. § 8092

a. d. Gesch. d. Zeitg. erb.

Schafft

Weihnachtsfreude

durch praktische Geschenke.

Solche sind

Stoffe

für Anzüge, Mäntel, Kostüme,

Beinkleider usw.

der Tuchfabrik in Bielsko

Gustaw Molenda i Syn

Bydgoszcz, Gdańsk 11, Grudziądz, Mickiewicza 7

Toruń, Szeroka 19, Gdynia, Świętojańska 18

Bürobeamter

20 Jahre, ledig dtch. poin. perf. beste Zeugn.

u. Empfehl., firm. in Steuer- und Versiche-
rungswei., Buchhalt.

Behördenverkehr, sucht

Stellung bei befried.

Ansprüchen. 8100

Berufshilfe".

Bydgoszcz, Gdańsk 66.

Besseres poln. Fräulein (Abitur.) sucht Stellung

als Stütze

der Haushalt; erfüllt

den Kindern poin. u.

zuverlässig. Unterricht. Ver-
gütung als Haushalts-

gehilfin, evtl. zur Füh-
rung des Haushalts od. im Geschäft.

unter § 8087. Offert. un-

die Geschäftsst. d. Zeitg. erb.

Gärtner

27 J. alt. m. gt. Zeugn.

u. Empfehl., erfah. in

Dorfbau, Frühgemüse.

Baumfäll. 11 J. Präz.

lucht v. sofort od. 1. 37

Stellung, übern. auch

Gärtner. Bitte zu richt. u.

§ 3706 a. d. Gesch. d. 37.

Schlosserlehrstelle

gesucht für Jungen v.

16 Jahren in solidem,

guten Betrieb.

Evang., älteres

Stubenmädchen

das schon auf größeren

Gütern war, in od. zu-

Stellung zum 1. Jan.

Zu ihr. bitte unter § 3708 an die

Geschäftsst. d. Zeitg. erb.

Weltliches Mädels lucht

sucht zum 1. 4. 37 Stellg.

Befinde mich noch in un-

gelung Stellung.

Gefl. off. vermittel.

Otto Brewing, Natio-

nal. Szabolciano 2.

Un- und Verläufe

Roncert-Affordion

preiswert zu kaufen gesucht. Angebote unter

§ 7886 an die Geschäftsst. d. Zeitg. erb.

Bromberg, Dienstag, den 1. Dezember 1936

Pommerellen.

M. November.
Graudenz (Grudziadz)

Eine energische Aktion

wird seit einiger Zeit von der Graudenzer polnischen Presse und der katholischen Bevölkerung geführt. Die Ursache dazu gab ein in mehreren hiesigen Blättern erschienener Artikel, in dem ein Graudenzer Volksschulleiter beschuldigt wird, stark antireligiöse Äußerungen getan und in einem Referat über den Tag der Befreiung Wiens bzw. die Teilnahme des Königs Sobieski daran die päpstliche Autorität herabziehende Bemerkungen gemacht und damit eine Geschichtsfälschung begangen zu haben. Auch bei seinen Kollegen des genannten Schulleiters soll nach den Pressebeschuldigungen eine antireligiöse Gefüllung Platz gegriffen haben. Diese Lehrer werden in der Presse und in Kundgebungen von katholischen Vereinen, von Innungen, der Katholischen Aktion usw. als nicht geeignet bezeichnet. Jugendreferenten zu sein, denen man dazu die religiöse Unterweisung anvertrauen könne, und man begeht entsprechende Disziplinarmaßnahmen.

Eine besonders große öffentliche Versammlung der katholischen Eltern war für Freitag abend ins "Tivoli" einberufen worden. Bei dem für 7 Uhr angefechteten Beginn wies der Saal eine gewaltige Menschenmenge auf, und viele, die nicht Einlaß erhalten fanden, harrten draußen des Ergebnisses der Kundgebung. Als Delegat des Bischofs Dr. Okoniewski war aus Pelpin Prälat Lewandowski erschienen. Im Moment, als Geistliche den Saal betrat, erschollen von einer vielleicht 50 Personen zählenden, sich offenbar aus Sozialisten oder ihren Gefüllungsverwandten zusammensetzen Leuten, die ihren Standplatz unter der Loge genommen hatten, Schreie wie "Prez à burzusia", "Prez à Kierem", "Niech zo Hispania", "Fort mit der Bourgeoisie", "Fort mit der Geistlichkeit", "Es lebe Spanien" usw. Als Antwort darauf stimmten die Versammlten das Lied "Serdeczna Matko" ("Herzliche Mutter") an. Die Versammlungsstörer verluden die Internationale zu singen, was aber von den Gesängen der Versammlung gänzlich erstickt wurde. Als danach die provozierenden Schreie der Sozialisten usw. nicht aufhörten, erklärte der Versammlungsleiter Prof. Tkaczynski, daß die katholische Sache zu ernst wäre, als daß man über sie in einer solchen Atmosphäre beraten könnte, und daß höchstens Tage eine Delegiertenversammlung aller auf katholischem Grunde stehender Organisationen die entsprechenden Beschlüsse fassen sollte.

Einer der Versammlungsstörer wollte von der Bühne eine Ansprache halten, wurde aber daran verhindert. Das war — nach dem Bericht des "Gaz. Radu" — das Signal für die Friedensstörer zu tätlichen Auseinandersetzungen, wobei Stühle als Waffen benutzt wurden. Als die Störenfriede auf energischen Widerstand stießen, zogen sie es nach einigen Minuten vor, die Stätte zu verlassen, zumal auch Polizei einschritt. Das Auftreten der Störer hatte natürlich große Erregung im Saale zur Folge, und es sind auch einige, zum Glück nur leichtere körperliche Beschädigungen zu verzeichnen. So ist eine Frau Weber, die Gattin eines Schuhmannes, verletzt worden.

Nachdem nach dem Verlassen der Auftretner wieder Ordnung eingetreten war, ließ der Leiter der Versammlung noch einige Lieder singen, worauf sich die Teilnehmer nach Gotteshäusern (der Pfarrkirche bzw. der Herz-Jesu-Kirche in U. Tarpen) begaben, wo Bittgottesdienste für den Sieg der von den Katholiken verfochtenen Sache abgehalten wurden.

X Städtischer Hansverkauf. Die Graudenzer Stadtverwaltung will das Wohnhaus in Kunterstein (Kunterstein), Piaststraße 102, bestehend aus 6 Zimmern, Küche und Wirtschaftsräumen, gleich mit einem 958 Quadratmeter großen Parzelle und unter Angabe eines 2 Meter breiten Streifens vor der angrenzenden Parzelle verkaufen. Verkäuferne: die Aufschrift "Oferta na kupon domu w Kuntersteinie" tragende Bewerbungen sind bis zum 5. Dezember, 12 Uhr, im Rathaus, Zimmer 21, niedergelegen. Dasselbe wird nähere Auskunft erteilt. Freie Auswahl unter den Bewerbern bzw. Auktionierung aller eingegangenen Angebote bleibt vorbehalten.

X Standesamtliche Nachrichten. In der Woche vom 16. bis zum 21. November gelangten auf dem hiesigen Standesamt zur Anmeldung 19 eheliche Geburten (11 Knaben, darunter ein Zwillingsspaar, und 8 Mädchen), sowie 2 uneheliche Geburten (Knaben), ferner 18 Eheschließungen und 12 Todesfälle, darunter zwei Männer von 86 und 84 Jahren und ein Kind im Alter unter einem Jahr (Mädchen).

X Sportliche "Seitensprünge". Dem hiesigen "Dziennik Grudziadzki" wird mitgeteilt, daß sportliche Vereine Bewerber bei Konkurrenzen unter falschen Namen auftreten ließen und mit solchen von auswärtigen herbeigeholten Kräften die eigenen Reihen verstärkt. Das Blatt nennt zwei Fälle, wovon einer auch einen Graudenzer polnischen Verein betrifft, der einen Wettkampfsteilnehmer von auswärts unter falschem Namen mitwirken ließ. Im ersten Falle habe der Polnische Leichtathletikverband eingegriffen und Disziplinarstrafe verhängt. Die andere Sache würde ebenfalls gewiß ihre entsprechende Erledigung finden.

X Die für die Daner der Umbauarbeiten in der Windstraße (ul. Różana) anderweitig untergebracht gewesenen Geschäfte nachstehend genannter Firmen sind jetzt sämtlich aus ihren Notquartieren in die Windstraße zurückverlegt worden: Fleischerei Roman Dutkiewicz aus der Seglerstraße (Biegarska) 25; Franciscus Raczyński, Kolonialwaren- und Restaurationshaus, aus dem Cäsarbogen; Bronislawa Bueckermann, Herren- und Damen-Frisier-Salon, von Bäckerstraße 22; Heinrich Schiebler, Kurzwarengeschäft, von Bäckerstraße 22; Justus Wallis, Drogerie und Laboratorium, aus dem Cäsarbogen, ferner die Kanzlei des Rechtsanwalts Jan Kulerski von der Culmerstraße (ulica Chelmńska) 16.

X Festnahme eines Graudenzer Desraudanten in Warschau. Vor einer Woche unterschlug, wie von uns mitgeteilt, der Expedient Bolesław Wierzejewski hier selbst der Firma Marchlewski und Sawicki, bei der er angestellt war, einen Betrag von 1290 Złoty. Er sollte das Geld auf der Postsparkasse (Brodnicza) einzahlen, zog es aber vor, damit nach Strasburg (Brodnicza) zu fahren. Dort hat er, wie inzwischen festgestellt

worden ist, in Gesellschaft einiger Bekannten in mehreren Restaurants erhebliche Bechen gemacht. Das hatte die geschädigte Firma erfahren und der Polizei Anzeige erstattet. Es wurde ermittelt, daß W. von Strasburg per Autotaxis nach der Landeshauptstadt gefahren war. Dort wurde er, der sich übrigens ganz sorglos benommen hatte, schnellstens gefasst. Ein Teil des veruntreuten Geldes konnte noch bei ihm gefunden und beschlagnahmt werden. Von Warschau erfolgte sein Rücktransport nach Graudenzen.

T Der letzte Wochenmarkt wies befriedigende Zufuhr auf. Trotz guten Verkehrs war der Markttag schleppend. Die Butter kostete 1,30—1,50, Eier 1,40—1,60, Weizentaube 0,10—0,40, Tilsiterläuse 0,80—1,20, Apfel 0,20—0,40, Birnen 0,20—0,50, Zitronen 2 Stück 0,25 und 0,30, Moosbeeren 0,20, Gänse 4,00—6,00, Enten 2,00—3,00, Puten 3,50—5,00, Hühner 1,20—2,50, Tauben Paar 0,70—0,90, Hasen 2,00—3,00, Silberlachs 1,50, Karpfen 1,00—1,25, Aale 1,00—1,30, Schleie 1,00, Hechte 0,90—1,00, Bressen 0,60—0,90, Barsch 0,40—0,50, Plötz 0,25, Maronen 0,60, Heringe 3 Pfund 1,00, Stinte 0,20, Schellfische 0,40, frische Fledermäuse 0,30, Ranchaal 2,80—3,00, Büllinge 0,20—0,25, Sprotten 0,25. Die Gemüsepreise waren unverändert. Kartoffeln kosteten 2,50—3,00, Pfund 0,08, Weizentaube Bentner 1,50. An den Gärtnersständen gab es außer Topf- und Schnittblumen eine reiche Auswahl in Adventskränzen und -ständen zu Preisen von 0,50—1,50 und mehr.

Thorn (Toruń)

T Das Hochwasser der Weichsel ist zum Stillstand gekommen; von Freitag bis Sonnabend früh ist der Wasserstand wieder um 11 Zentimeter auf 1,98 Meter über Normal zurückgegangen. Die Wassermutter ist auf etwa $\frac{1}{2}$ Grad Celsius zurückgegangen, so daß bei stärkerem Nachfrager nunmehr mit Grundbildung gerechnet werden muß. — Der Schiffsverkehr war noch recht lebhaft. Im Weichselhafen eingetroffen sind die Schlepper "Uranus" mit drei mit Schrot und Getreide beladenen Kahn aus Warschau, "Lubelski" mit einem Kahn leerer Fässer von ebendort, sowie "Pomorzanin" aus Brahemünde. Dieser dampfte mit einem Kahn mit Zucker nach Warschau ab. Die Schlepper "Uranus" mit sechs Kahn mit Sammelgütern und "Wanda II" mit einem Kahn mit Getreide und Mehlballen machten sich nach Danzig auf den Weg und mit demselben Ziel passierten, von Plock kommend, Schlepper "Konarski" ohne Schlepptau. Auf der Fahrt von der Hauptstadt nach Danzig bzw. Danzig passierten die Personen- und Güterdampfer "Saturn" und "Gontor" bzw. "Agatello" in entgegengesetzter Richtung. "Agatello" sowie Schlepper "Holm" mit einem Kahn mit Sammelgütern bzw. "Belgia".

T Eine wenig erfreuliche Überraschung wurde allen städtischen Pächtern in Krowieniec (Winkenau), etwa 60 bis 70 an der Zahl, aufgeteilt. Die Stadtverwaltung Thorn hat ihnen nämlich zum 31. Dezember d. J. die Pacht aufgekündigt, da das Gelände dringend zur Erweiterung der Wasserstraßen für das städtische Wasserwerk benötigt wird. — Wie wir hören, laufen die Pachtverträge teilweise noch auf Jahre hinaus; manche sind erst im April d. J. abgeschlossen.

V Wegen Fahrgeldhinterziehung wurde am Mittwoch auf dem hiesigen Hauptbahnhof der 17-jährige U. Gerzon, geboren in Alexandrowo, verhaftet. Dem jugendlichen Schwarzfahrer konnte eine ganze Kollektion Perronkarten abgenommen werden, die er nur zu dem Zweck gekauft hatte, um nach Zurücklegung einer "kostenlosen" Fahrt den Bahnhof unbekannt verlassen zu können. Gerzon scheint auf diese Weise schon ganz Europa bereist zu haben. Wie im Laufe der polizeilichen Untersuchungen weiter festgestellt werden konnte, unternahm G. sogar schon einen Versuch, nach Abessinien zu gelangen. Hierbei wurde er — wie er selber erklärt — bei der Fahrt über das Mittelmeer auf dem Dampfer verhaftet und in den Hafen von Triest gebracht, von wo er nach mehrjährigem Aufenthalt im Arrest nach Polen zurücktransportiert wurde. Daß diese Angaben auf Wahrschau beruhen, davon zeugen die in seinem Pakt vorgenommenen Vermerke. — Wie der Verhaftete erklärte, befand er sich jetzt auf dem Wege nach Gdingen, wo er auf einem polnischen Überseedampfer als Schiffsjunge anzutreffen gedachte. Dieser Plan ist ihm nun durch die Thorner Polizei gründlich versaut worden.

Ronitz (Chojnice)

T Die Autobuslinien Ronitz-Briesen und Ronitz-Muskendorf, die von der Kreisbehörde unterhalten werden, sollen in Privathand vergeben werden. Die Bedingungen liegen im Zimmer 9 der Starostei zur Einsicht aus. Übernahme des Wagenparks ist erforderlich. Schriftliche Angebote müssen bis zum 10. Dezember eingereicht werden.

T Ausschreibung. Am 10. Dezember wird die Nutzung der Gemeindejagd Nendorf in Größe von 900 Morgen in der Gastwirtschaft Feddek verpachtet.

T Brandmeisterprüfung. Anlässlich der Beendigung eines Brandmeisterkurses fand in dem Saale der hiesigen Erziehungs- und Landarbeiteranstalt die Prüfung der Teilnehmer und eine Abschlußfeier statt. 34 Kursisten bestanden die Prüfung. U. a. nahmen auch Starost Lipski und Verwaltungsinspektor Kalszian an der Feier teil.

T Holzdiebstahl. In dem Revier der Oberförsterei Kłodan wurde eine größere Menge Klobenholz gestohlen. Als Täter konnte ein Besitzer aus Mentschikow festgestellt werden, bei dem das gestohlene Holz gefunden wurde.

T Diebstähle. In Brus verschafften sich Diebe durch Einbrechen der Schaufensterscheibe Eingang in den Manufakturwarenladen von F. Kubus und entwendeten Ware im Werte von 1500 Złoty. Die Spur der Diebe führt in den nahen Wald. — Von dem Hof der Maschinenfabrik Riedel wurden eine größere Menge Kanalisationsschläuche von mehreren halbwüchsigen Jungens gestohlen. Sie hatten in der Nähe einen Handwagen, auf dem sie ihre Beute fortschaffen wollten. Zwei der Knaben wurden erkannt, während die anderen in der Dunkelheit entflohen.

Das erste Opfer des Eises.

Der 12-jährige Sohn des Maurers Dilber und der 14-jährige Sohn des Kaufmanns Chmielenski hielten sich vergnügt durch Betreten des erst schwachen Eises auf dem Weichselvordeich nahe dem Steindamm. Beide brachen ein, wurden auch wohl dem Wasser entrissen, jedoch während Wiederbelebungsversuche bei dem kleinen Chmielenski Erfolg hatten, starb Dilber wenige Minuten nach seiner Rettung.

* Culm (Chelmno), 28. November. Ein noch glimpflich abgelaufener Unfall ereignete sich in der Nähe des Gutes Kamlarki hiesigen Kreises. Dort fuhr ein Triebwagen auf ein Gutsfuhrwelt auf, dessen Kastenteil etwa 9 Meter mitgeschleift wurde. Der Kutscher Clemens Zimmermann wurde auf die Chaussee geschleudert und nur leicht verletzt; dagegen erlitt der mitschlagende Vogt Martin Nowacki, ein 60-jähriger Mann, erhebliche Kopf- und innere Verlebungen, die, wenn auch nicht bedrohlich, doch seine Überführung ins hiesige Kreiskrankenhaus erforderlich machten. Die behördliche Untersuchung ergab die Schuld des Kutschers, da der Triebwagenführer vorrichtsmäßig Warnsignale abgegeben hat.

B Br Gdingen (Gdynia), 29. November. Vor dem Kreisgericht in Gdingen hatte sich der Direktor der TWD (Siedlungsbaugesellschaft) Feziorowski zu verantworten. Ihm war zur Last gelegt, 30 000 Złoty als Gründungsprovision, 11 100 Złoty als Diäten aus der Kasse entnommen zu haben. Ferner wurde ihm falsche Buchführung und Fälschung der Bilanz, sowie eine große Menge anderer Verfehlungen vorgehalten. Mit angeklagt waren die Angestellten der Firma W. Probst und Karl Filar. Feziorowski wurde verurteilt zu vier Jahren zehn Monaten Gefängnis und 10 000 Złoty Geldstrafe. Auf Grund der Amnestie wurde die Gefängnisstrafe auf zwei Jahre sechs Monate ermäßigt. Die beiden Angeklagten Probst und Filar wurden freigesprochen.

Auf der Polizeiwache in Gdingen erschien eine Frau mit ihrer Tochter und gab an, zehn Kinder geboren zu haben. Von diesen wären sechs auf geheimnisvolle Art von ihrem Mann umgebracht worden. Auf Grund dieser schrecklichen Anschuldigung wurde der Ehemann sofort verhaftet. Die polizeiliche Untersuchung wird ergeben, ob diese Anzeige auf Wahrheit beruht.

Bei Dialektigkeit regt der kürmäigie Gebrauch des natürlichen "Franz-Josef"-Witterwassers die Darmträgkeit kräftig an, beschleunigt sicher den Stoffwechsel und macht den Körper schlank. (5682)

B Br Neustadt (Wejherowo), 28. November. Der frühere Ansiedlungskommissar Josef Lipinski in Neustadt hatte sich vor dem hiesigen Kreisgericht wegen Unterschlagung amtlicher Gelder zu verantworten. Er wurde zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Außerdem wurden ihm, infolge Missbrauchs seines Vertrauenspostens, fünf Jahre Ehverlust zuerkannt.

Bor dem Kreisgericht hatte sich das Straßenräuberpaar Josefa Nebenauer und der Arbeiter Roczkowski wegen schweren Raubüberfalls zu verantworten. Beide lauerten im Walde hinter dem Schüchthause auf weibliche Personen, die Handtaschen trugen, überstiegen diese rücklings, schlugen sie zu Boden, würgten sie und raubten die Taschen, in denen sich Geld befand. Durch ein kräftiges Landmädchen, bei dem der Überfall nicht gelang, wurde das saubere Paar zur Anzeige gebracht und verhaftet. Die Nebenauer erhielt zwei Jahre Gefängnis und 50 Złoty Geldstrafe. Roczkowski wurde zu zwei Jahren sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

B Br Neustadt (Wejherowo), 28. November. Auf dem heutigen Wochenmarkt kaufte man Butter für 1,30—1,40, Eier für 1,70—1,80. Auf dem Schweinemarkt wurden für Ferkel 6,00—10,00 Złoty pro Stück gezahlt.

B Br Schöneck (Skarszewy), 30. November. Dem Stopa in Abbau-Schöneck wurden nachts zwei Schweine sowie Puten und Hühner gestohlen.

B Br Strasburg (Brodnica), 28. November. Ein Vieh- und Pferdemarkt findet hier am Donnerstag, dem 3. Dezember, statt.

B Br Tuchel (Tuchola), 29. November. Dem Händler Niklas in Tuchel, Kreis Tuchel, wurde von unbekannten Dieben ein Schwein aus dem Stalle entwendet. Die Diebe trugen dasselbe bis zum evangelischen Kirchhof, wo ihnen der Förster Went entgegenkam. Darauf ließen die Täter das Schwein liegen und verschwanden unerkannt. — Dem Landwirt Ignatz Wollschläger, Kl. Mangelsmühl, stahlen Diebe nachts aus der Mühle zehn Bentner Kartoffeln. — Dem Landwirt Hawke aus Gekun neun Bentner Roggen. — Dem Landwirt Söbbeck in Ludwigsthal (Ludwigstal) wurden 14 Mägtäne entwendet.

B Br Zempelburg (Sepólno), 29. November. Laut amtlicher Bekanntmachung im Kreisblatt vergibt der Kreisausschuß auf dem Wege der öffentlichen Ausschreibung die Anfuhr von Steinen auf folgende Chausseebahnschnitte und in folgenden Mengen wie folgt: Chausseebahnlinie Grünlinde — Schwed von Kilometerstein 35,7—36,4 160 m³; Müllerhof — Zempelburg von 39,5—40,1 240 m³; Zempelburg — Płochiv von 46,9—49,0 95 m³; Bahn — Skarpa von 22,0—22,5 130 m³; Zempelkowo — Maienthal von 46,4—47,0 240 m³; Bandsburg — Schmilow von 2,2—2,6 50 m³; Kamin — Bahnhof von 0,5—1,0 300 m³; Bandsburg — Wittin von 1,0—1,5 100 m³ Steine. Der Liefertermin der Steine ist bis zum 1. Januar 1937 und auf einigen Abschnitten noch später vorgesehen. Respektanter können bis zum 5. Dezember d. J. bis 12 Uhr mittags Oefferten in verschlossenen Umschlägen an den Kreisausschuß, Zimmer 14 (Wydział Powiatowy, pokój 14, Sepólno) eingesenden.

Thorn.

Deutsche Bühne in Thorn L. z.

Dienstag, 8. Dez. 1936, pünktl. 8 Uhr

Erstes Aufführungsspiel der

Deutschen Bühne Brodnica L. z.

Der Kampf dem Löwenwurm

Aufführung, Leozenz u. Ralph Arthur Roberts

Belegung der Stammplätze bis 3. Dez. einl. Eintrittsarten und Auslöseur.

"Kulturgemeinschaft" ab 4. Dezember bei Justus Wallis.

Szeka 34, Telefon 1469. 8110

Jutticoll Der neue Pelikan-

Klebstoff für Alles,

Papierhandlung, Toruńska Nr. 16

Telef. Nr. 1438

Graudenz.

Hauschneiderin

empfiehlt sich täglich 1,50 Zł. Brief Meld. u. Nr. 8089 a

Die Organisation der Evangelisch-Augsburgischen Kirche in Polen.

Die im „Dziennik Ustaw“ soeben veröffentlichte Verordnung des Staatspräsidenten über das Verhältnis des Staates zur Evangelisch-Augsburgischen Kirche in Polen betont in den ersten Artikeln, daß diese Kirche, die als einzigen Grundsatz und als Richtlinie für Glauben und Leben alle kanonischen Bücher der Heiligen Schrift, sowie alle symbolischen Bücher der Evangelisch-lutherischen Kirche anerkennt, die volle Freiheit bezüglich ihres Bekenntnisses, ihrer Religion, sowie der Ausübung ihres religiösen Anls genießt.

Das Grundsätzliche Innere Recht der Evangelisch-Augsburgischen Kirche in der Republik Polen bildet zusammen mit dem vorliegenden Gesetz die rechtliche Grundlage für die Organisation dieser Kirche.

Die Evangelisch-Augsburgische Kirche in der Republik Polen ist eine selbständige und von keiner ausländischen Obrigkeit abhängige Kirche. Sie besteht aus den evangelisch-augsburgischen Parochien (Filiaen) auf dem ganzen Staatsgebiet. Dieser Kirche gehören auch die katholischen Brüder oder Herrenhuter an. Dagegen gehören ihr nicht die Evangelisch-lutherischen, die sogenannten „Altluutherischen“ an. Der Evangelisch-Augsburgischen Kirche gehören alle Personen des evangelisch-lutherischen Bekenntnisses an, die ihren Wohnsitz in Polen haben und zu einer Parochie (Filiale) dieser Kirche gehören. Diese Bestimmung greift der kirchlichen Zugehörigkeit derjenigen Personen evangelisch-lutherischen Bekenntnisses nicht vor, die nach den rechtlichen Bestimmungen der Parochie einer anderen evangelischen Kirche angehören, die sich auf dem Staatsgebiet befindet.

Die Bedingungen für die Erlangung der kirchlichen Zugehörigkeit, sowie für den Erwerb oder Verlust der Mitgliedschaft einer Parochie (Filiale) der Evangelisch-Augsburgischen Kirche in Polen werden durch das innere Kirchengesetz bestimmt. Die inneren Kirchengesetze und die kirchlichen Vorschriften dürfen weder zu den staatlichen Gesetzen, noch zu dem grundsätzlichen inneren Kirchenrecht im Widerspruch stehen. Die Veröffentlichung solcher inneren Kirchengesetze, bezüglich welcher eine vorherige Verständigung mit den Staatsbehörden nicht vorgesehen ist, verfügt die zuständige Kirchenbehörde, nachdem der Minister für religiöse Bekenntnisse und öffentliche Aufklärung festgestellt hat, daß sie keine Bestimmungen enthalten, die zu den staatlichen Gesetzen und dem grundsätzlichen inneren Kirchenrecht im Widerspruch stehen.

Aus den anderen Bestimmungen der Verordnung, die insgesamt 45 Artikel enthält, entnehmen wir noch folgende Einzelheiten:

An der Spitze der Kirche steht der Bischof, bisher Generalsuperintendent, über dessen Wahl wir bereits in Nr. 275 vom 28. November berichtet haben. Der Bischof, der zugleich Präsident des Konsistoriums und Präsident der Synode auf Lebenszeit ist, wird vom Vizepräsidenten des Konsistoriums vertreten. Dieser wird entgegen dem ursprünglichen Entwurf, der seine Ernenntung durch den Kultusminister vorsieht, von einem Wahlellorum gewählt, das sich aus dem Bischof, als dem Vorsitzenden, den Konsistorialräten, den Mitgliedern des Synodalausschusses, sowie vier weltlichen von der Synode gewählten Delegierten zusammensetzt. Der Vizepräsident wählt zusammen mit dem Präsidenten des Konsistoriums über die vorschriftsmäßige Abwicklung der Arbeiten des Konsistoriums und leitet die Sitzungen des Konsistoriums bei Abwesenheit des Bischofs. Kommt eine Verständigung in Sachen der Wahl des Vizepräsidenten des Konsistoriums nicht zu stande, so beruft der Kultusminister einen der weltlichen Räte des Konsistoriums zur vorläufigen Ausübung der Pflichten des Vizepräsidenten. Der Vizepräsident des Konsistoriums übernimmt sein Amt nach vorhergehender Bestätigung durch den Staatspräsidenten und nachdem er den Treueid geleistet hat. Wenn der Vizepräsident nicht die Möglichkeit hat, seine Pflichten wahrzunehmen, so vertritt ihn ein von dem Kultusminister berufener weltlicher Konsistorialrat. Die Mitglieder des Konsistoriums werden von der Synode gewählt, müssen aber in ihren Amtern vom Minister bestätigt werden und zuvor den Treueid leisten.

Die Zahl der Kanzleibeamten des Konsistoriums wird vom Minister im Einvernehmen mit dem Konsistorialpräsidenten festgesetzt. Den Leiter der Kanzlei beruft das Konsistorium, nachdem es vorher die Zustimmung des Ministers eingeholt hat. Über die Anstellung der übrigen Beamten erhält der Minister Nachricht. Die Dienstverhältnisse, Bezahlung der Konsistorialbeamten und deren Pensionen werden durch ministerielle Verfügung geregelt.

Die oberste Behörde, die dazu berufen ist, die inneren Kirchengesetze zu beschließen und in den allgemeinen Angelegenheiten der Kirche zu entscheiden, ist die Synode, die mindestens

alle drei Jahre einmal vom Präsidenten einberufen wird. Das Datum der Eröffnung teilt der Präsident dem Minister mit und legt ihm mindestens einen Monat vorher die Tagesordnung vor. Der Minister kann einen Vertreter in die Synode entsenden, der das Recht hat, außer der Reihe das Wort zu nehmen und Erklärungen abzugeben. Die Synode wählt einen Synodal-Konsilius als ihre ständige Vertretung.

In verwaltungsmäßiger Hinsicht wird die Evangelisch-Augsburgische Kirche in Polen in Diözesen eingeteilt, die gleichzeitig Wahlbezirke für die kirchlichen Seniats-Behörden sind. Die einzelnen Diözesen werden aus den Parochien und Filial-Gemeinden gebildet, die eigene aus Wahlen hervorgegangene Parochial-Behörden bilden. Für die Gründung neuer Diözesen, Parochien und Filialgemeinden, für ihre Aufhebung und für die Änderung ihrer Grenzen und Größe ist, sofern diese Maßnahmen neue Ausgaben aus dem Staatsgeschäft erfordern, die Zustimmung des Ministers im Einvernehmen mit dem Finanzminister und dem Innerminister erforderlich. Erwachsen dem Staat dadurch keine Ausgaben, so muß sich der Konsistorialpräsident vorher vergewissern, daß der Kultusminister nicht Einspruch gegen solche Änderungen erhebt. Wenn der Minister zwei Monate, nachdem ihm darüber berichtet worden ist, keinen Einwand erhebt, so gilt dies als Zustimmung. Von der Errichtung neuer Predigtstellen, Bethäuser und Kantonate, muß der Wojewode Mitteilung erhalten.

Vor der Berufung eines Seniors muß sich das Konsistorium erst beim Minister vergewissern, daß gegen seine Person keine politischen Bedenken vorliegen. Von der Wahl eines Pfarrers, Diaconus und Hilfspredigers ist der zuständige Wojewode zu benachrichtigen, um festzustellen, ob keine politischen Bedenken vorliegen. Außert sich der Wojewode nicht innerhalb von fünf Wochen, so gilt dies als Zustimmung. Gegen die Entscheidung des Wojewoden steht dem Konsistorium das Recht der Beschwerde beim Minister in einem Zeitraum von 14 Tagen zu. Der Minister entscheidet endgültig, nachdem er die Meinung des Konsistorialpräsidenten angehört hat. Entsendet das Konsistorium einen Vikar in eine Gemeinde, so verständigt es den zuständigen Wojewoden. Soll der Vikar nach dem Abschluß des ersten Jahres von seiner Ordination in seinem Amt länger als sechs Monate bleiben, so fragt das Konsistorium vor Ablauf der sechs Monate den Wojewoden an, ob gegen den Vikar keine Bedenken politischer Natur vorliegen. Personen, die die polnische Staatsbürgerschaft nicht besitzen, können kein kirchliches Amt, auch kein Mandat in einer kirchlichen Körperschaft übernehmen. In Ausnahmefällen können Personen zu solchen Handlungen auf Antrag des Konsistoriums mit Genehmigung des Ministers zugelassen werden. Zum geistlichen Amt werden nur solche Personen ordiniert, die ihre Studien an der Warschauer Universität abgeschlossen haben. Auf Antrag des Konsistoriums kann der Minister von dieser Bedingung befreien. Jeder Geistliche leistet bei der Ordination den Eid der Treue gegen den Staat, den er vor dem Konsistorialpräsidenten in Anwesenheit des Wojewoden oder dessen Vertreters ablegt. Der Eid muß noch einmal geleistet werden, wenn der Betreffende in ein Seminar oder in das Konsistorium berufen wird.

Die Geistlichen der Evangelisch-Augsburgischen Kirche in Polen genießen alle besonderen Rechte, die die staatliche Gesetzgebung den Geistlichen der rechtmäßig anerkannten Bekenntnisse zuführt. Vor der Einleitung und Beendigung eines Strafverfahrens gegen einen Geistlichen der Evangelisch-Augsburgischen Kirche benachrichtigen die Gerichtsbehörden das Konsistorium, überdies senden sie ihm den Anklageakt, sowie das Urteil nebst Begründung zu. Im Falle der Festnahme oder Verhaftung eines Geistlichen der Evangelisch-Augsburgischen Kirche werden die Zivilbehörden die seiner geistlichen Stellung gehörenden Rücksichten über. Ein solcher Geistlicher wird die Haft oder eine Freiheitsstrafe in einem Raum verbüßen, der von dem Raum für weltliche Personen getrennt ist, es sei denn, daß er seiner geistlichen Würde entkleidet wird. Ein rechtskräftiges Gerichtsurteil, durch welches ein Geistlicher oder Mitglied eines Organs der Evangelisch-Augsburgischen Kirche in Polen wegen eines Verbrechens oder einer strafbaren Handlung verurteilt worden ist, die aus Gewissenssucht oder gegen die Sittlichkeit verübt ist, verurteilt worden ist, hat von rechts wegen die Entfernung des betreffenden Geistlichen oder Mitgliedes aus der von ihm innegehabten Stellung zur Folge.

Wenn ein Geistlicher oder ein Synodaler oder sonst ein Mitglied einer kirchlichen Körperschaft sich nach Ansicht der Verwaltungsbehörden in einer dem Staate schädlichen Weise betätigt, so kann sich der zuständige Wojewode an das Konsistorium wenden mit dem Ersuchen, entsprechende Maßnahmen zu

tressen, oder die betreffende Person von ihren kirchlichen Ämtern zu entheben. Das Konsistorium kann gegen ein solches Verlangen beim Minister Berufung einlegen. Der Minister entscheidet endgültig nach Verständigung mit dem Bischof.

Die Amtssprache der Kirchenbehörden und Ämter ist die Staatssprache. Bei Personen und Institutionen, die sich an die kirchlichen Behörden und Ämter in einer nichtstaatlichen Sprache wenden, können sich diese Behörden und Ämter der Sprache des Bittstellers bedienen.

An den Sonntagen und anderen kirchlichen Feiertagen sprechen die Geistlichen innerhalb des Gottesdienstes ein Gebet für die Republik Polen und für den Staatspräsidenten. Der Text dieses Gebets wird im Amtsblatt der Evangelisch-Augsburgischen Kirche in Polen veröffentlicht; vor seiner Veröffentlichung wird er durch den Bischof dem Kultusminister vorgelegt. An den Staatsfeiertagen finden Feiertagsdienste statt, nach denen die Gebethymne „Gott, der Du Polen!“ gespielt oder gesungen wird, und zwar in Anwesenheit der Geistlichkeit.

Bis zur Bildung der Kirchenbehörden, die auf Grundlagen zu erfolgen hat, welche durch dieses Dekret und das Grundsätzliche innere Recht festgelegt sind, über die bisherigen kirchlichen Behörden ihre Tätigkeit aus.

Das Jahrbuch der Deutschen in Polen.

Als Jahrbuch der Deutschen in Polen ist soeben im Jahr 1927 der „Deutsche Heimatbote in Polen“ erschienen. Der Kalender ist von der Deutschen Vereinigung herausgegeben und von Dr. Kurt Lüdtke-Posen aufgemengestellt. Der Kalender kostet 1.00 złoty.

Es ist ein frischer, neuer Geist, der die Blätter dieses Jahrbuchs für 1927 durchweht. Über dem Kalender sind Bilder von Deutschen aus allen Teilen des Landes, von Siedlungsgebieten neben wertvollen Aussprüchen angebracht. Nach einem Rückblick über das letzte Jahr im Mutterlande beschäftigt sich die nächsten Abschnitte mit den Lebensfragen unserer Bewegung. Gero von Gersdorff schreibt über die „Front unseres Kampfes“. Der Aufsatz „Vom deutschen Sozialismus“ berichtet von Arbeitsermittlung, Nothilfe und vom Sozialismus in unseren Wirtschaftsorganisationen. Über die „Disziplinierung der kulturellen Arbeit“ liefert Dr. Lüdtke einen wertvollen Beitrag, während Günther Reimert sich über Fragen der Deutschen Bühne äußert. Zum Thema Heimatforschung steuert Dr. Battermann einen Aufsatz bei, während Pastor W. Krusche über Kirche und Volkstum in Mittelpolen schreibt.

Außerdem wertvoll ist eine Zusammenstellung zu dem Thema „Kinder unserer Heimat“, in dem Gelehrte, Dichter und Schriftsteller, sowie Künstler des Dritten Reiches, die aus Polen stammen, aufgeführt werden. Besondere Abschnitte sind dem aus Posen stammenden Erhard Witten gewidmet, dessen Kriegsbücher „Durchbruch Anno 18“ und „Männer – ein Buch des Stolzes“ diesen ehemaligen Posener Wandervogel in die Reihe der anerkannten Schriftsteller Deutschlands gehoben haben. Werner wird auf den bekannten Fortschrittsfreunden in unserer Volksgruppe, Gerd Heinrich, hingewiesen, schließlich auf Musiker und Maler, Heerführer und Kriegerhelden, sowie auf die Helden der Bewegung, die aus unserem Gebiet stammen. Ilse Müller-Bromberg liefert einen ebenso ausführlichen wie ausgezeichneten Beitrag über „Auslandendeutsche Erzähler als unsere Lehrmeister“ und Heinrich Beckmann schreibt über General Smigly-Rydz. Zum Thema deutscher und polnischer Volkscharakter ist ein nettes Gedicht aus dem 17. Jahrhundert beigekehrt, das Ursula Mühlberg ins Deutsche übertragen hat. Das Kapitel Erzählungen und Überlieferungen berichtet von den Kriegslügen Georg von Hantelmanns und von Deutschen in Polen. Eine nette Tiergeschichte von Gerd Heinrich wird sicher ebenfalls viel Anhang finden, wie die Schürzen und Sagen aus der Thorner Gegend von Pfarrer Dr. Heuer und die Sagen aus dem Posener Lande von Margarete Nachtigal. Es braucht wohl nicht besonders betont zu werden, daß in diesem Jahrbuch auch durch zahlreiche Fotos Bildberichte von der Arbeit der Deutschen Vereinigung und aus den verschiedenen Siedlungsgebieten enthalten sind. Auch was man darüber hinaus von einem Kalender verlangt (das Märkte-Verzeichnis, Postkarte usw.), ist vorhanden.

Das Besondere dieses Jahrbuches aber ist die Tatsache, daß es ein Weiser in die Zukunft unseres Volkstums ist.

Was ist der Hauptfaktor der Radiotechnik? Die Hauptfaktoren der Entwicklung der Radiotechnik sind die raffinieren Empfänger, welche dem Radiosender ungewöhnliche Möglichkeiten geben, da die früheren Radio-Apparate die Effekte nicht hatten, wie sie jetzt die modernen Apparate haben, z. B. beim Super-Telefunken: Das ist ein unbegrenztes Übertragen in jedem Augenblick von Kontinent zu Kontinent, die Gewähr, daß in jeder Sekunde mit den entferntesten Stationen, welche Tausende von Kilometern von uns abliegen, einzustellen, das ist eine grandiose Radiotouristik, welcher man sich schwerlich entsagen kann. Die neuesten Radiotelefone der Auslandspedition Telefunken „Premier“, „Lord“, „Aristocrat“ oder „Magnat“ sind wahre Quellen von Spannung und Radiofreuden, durch nichts erreichbar und nie erschöpft, immer lebendig und sprühend von Klängen, Gefangen und Musik aus aller Welt. Es hat wirklich einen Wert, Radiosender zu sein, wenn man solch einen wunderbaren Apparat im Hause hat. Die neuen Super-Telefunkens, welche sich von einem gewöhnlichen Radiosender aus nicht erreichen können, wegen extrem ungewöhnlichen Frequenzen, wurden auf der letzten Großen Radio-Ausstellung in Warschau mit der Goldenen Medaille ausgezeichnet.

Die lange Periode der politischen Isolierung des Landes unter der Tokugawa-Herrschaft zwang das Volk, seine ganze Aktivität nur in einer einzigen Richtung, in der Verwollkommnung des eigenen nationalen Lebens, zu betätigen.

Die Edo-Periode war wirklich das goldene Zeitalter Japans. Das zeigte sich besonders in der blühenden Genroku-Epoche (1688–1704). Nicht nur die Frauenkleidung und die Kleidung der Kriegerkaste, alle Erscheinungen des täglichen Lebens zeigten künstlerische Einflüsse. Die oberen Klassen, vom Höfling bis herunter zum wohlhabenden Kaufmann, führten ein sehr vornehmes und luxuriöses Leben. An der Spitze der volkstümlichen Unterhaltungen stand das Kabuki-Theater. Diese Epoche röhmt sich auch des Shikamatsu Monzaemon, des japanischen Shakespeare, und vieler anderer hervorragender Schriftsteller, Dichter, Künstler und Kunstmaler. Obgleich die Tokugawa-Zeit nicht ganz ohne Unruhen und Blutvergießen verlief, war sie doch im allgemeinen recht friedlich und ein vorzüglicher Boden für die kulturelle Entwicklung.

Die Ankunft des Commodore Perry im Jahre 1853 erweckte die Nation ziemlich rauh aus ihrer langen Abgeschiedenheit und Selbstzufriedenheit. Die Umstände zwangen die Shogunate-Regierung zum Abschluß von Handelsverträgen, und zwar zunächst mit den Vereinigten Staaten (1854), denen bald fünf weitere Mächte folgten. So wurde das Gesetz der Abschließung, das der Shogunate der Nation auferlegt, und mit größter Strenge über 200 Jahre lang durchgeführt.

Mit der Öffnung des Landes begann die Morgenröte einer neuen und glänzenden Epoche des nationalen Lebens. Tokugawa Yoshinobu, der fünfzehnte Shogun, trat 1867 zurück, und der Kaiser kam wieder in den Besitz der höchsten Regierungsgewalt. Das Jahr 1868 war wegen der kaiserlichen Restaurierung von epochemachender Bedeutung für die Geschichte Japans und vielleicht auch für die Weltgeschichte. Der Feudalismus wurde abgeschafft und der Kaiserliche Hof nach Tokio verlegt, das seinen alten Namen Edo zu diesem Zeitpunkt änderte.

Das moderne Japan (seit 1868). Ein Jahr vor der Restaurierung war Kaiser Meiji seinem Vater im Alter von

Japans Geschichte in japanischer Darstellung.

II.

Das große Triumvirat (1573–1603). Die letzten hundert Jahre des Ashikaga-Schogunats standen in ganz Japan unter dem Zeichen kriegerischer Ereignisse. Die Zentralregierung erlahmte, und überall verliefen ehrgeizige und geschickte Fürsten Gebiete für sich zu gewinnen und das Land ihrer Nachbarn an sich zu rissen. In der Mitte des 16. Jahrhunderts war das Land praktisch unter die Beherrschung der verschiedenen Provinzen aufgeteilt. Aus diesem chaotischen Zustande entwickelte sich ein sehr bedeutungsvoller Abschnitt von etwa dreißigjähriger Dauer, die sogenannte Momoyama-Zeit, in der es zu einem großen Konflikt kam, der darüber entscheiden sollte, wer dem Land endlich Ruhe von den Kriegen, Ordnung anstelle der Anarchie bringen und dadurch einen Übergang von dem durch Machtkämpfe zerstörten Japan des Mittelalters zu dem geistigen Japan von heute schaffen würde. Die Durchführung dieser Aufgabe war in der Hauptstadt das Werk der drei Persönlichkeiten Oda Nobunaga (1534–1582), Toyotomi Hideyoshi (1537–1598) und Tokugawa Ieyasu (1542–1616).

Nobunaga unterwarf fast alle kriegerischen Unterführer, die sich ihm in Kyoto und Umgebung in den Weg stellten, als Ashikaga, der letzte Ashikaga-Schogun, gestürzt war. Er war auf dem besten Wege, sich zum ersten Mann des Landes aufzuschwingen, als er von einem seiner Generale, Akechi Mitsuhide, 1582 ermordet wurde. Sein Nachfolger war Hideyoshi, den man auch den Napoleon Japans nennt und den verschiedenen Historiker als einen Feldherrn von den gleichen Qualitäten wie Cäsar und Alexander bezeichnen. Von ganz unten hat er sich hinaufgearbeitet. Er war der Sohn eines Bauern und begann seine kriegerische Laufbahn in der Stellung eines „Sandalenträgers“ von Nobunaga. Elf Tage nach dem Tode seines Herrn hatte Hideyoshi den Mörder Mitsuhide bereits vernichtet. Das Land hatte sich kaum von seiner Überraschung und der Bewunderung dieser Tat erholt, da brach Hideyoshi schon zu seiner bekannten Expedition gegen die mächtigen Stämme Süd-Japans auf. Er unterwarf sich das ganze Land einschließlich der mächtigen Heerführer der Chosho und

Satsuma-Sippe im Süden, sowie des Beherrschers von Nord-Japan in Sendai. Vom Kaiser als Kwanpaku (Regent) eingesetzt, verfiel er auf den ehrgeizigen Plan, China zu erobern und machte 1592 einen unglücklichen Zug nach Korea. Bevor er den Rest seiner Truppen zurückziehen konnte, starb er plötzlich (1598). Seinen jungen Sohn Hidenori empfahl er der Obhut seiner Generale, unter denen besonders Tokugawa Ieyasu hervorzuheben. Hidenori spielte wohl eine Rolle beim Aufbau des neuen Japan; die Vollendung dieser Aufgabe blieb jedoch der Klugheit und Intelligenz von Ieyasu vorbehalten.

Das Tokugawa-Schogunat (1603–1867). Die Zügel der Regierung, die Hideyori engheritten waren, wurden von Ieyasu ergriffen. Seine Kollegen und der Adel mußten sich ihm unterwerfen, wenn sie nicht vernichtet werden wollten. Die Schlacht von Sekigahara (1600) schied eine große Zahl der mächtigeren Gegner aus, und in den beiden Belagerungen der Burg von Osaka wurde auch die Familie Hidenoris erledigt. Im Jahre 1603 erhielt Ieyasu den Titel „Saii-Tai-Schogun“ und er machte Edo, das heutige Tokio, zu seinem Regierungssitz. So wurde Edo für ihn und seine Nachfolger die Hauptstadt der Schogunate-Regierung, die 265 Jahre währt. Daher wird diese Epoche auch die Edo-Zeit genannt. In dieser Zeit erlebte der Feudalismus seine höchste Entfaltung, doch war er in fluger Weise unter der Oberaufsicht des Bafaku (Schogunate-Regierung) zentralisiert. Die politische Organisation war sehr vereinfacht, aber äußerst systematisch. Hidetada, der zweite Schogun (1605–1623), errichtete ein prächtvolles Mausoleum für seinen Vater Ieyasu. Es ist dies Toshogu in Nikko, das hervorragendste Meisterwerk dekorativer Kunst in Japan. Während der Regierung des dritten Schoguns, Iemitsu, (1623–1651) wurde die christliche Kirche in Japan ausgerottet. Das Christentum wurde in Japan durch Franz von Xaver eingeführt (1549) und verbreitete sich nach und nach über das ganze Land. Durch den Schogun Iemitsu, der in der Missionspropaganda eine Intrige und aggressive Absichten auf den Osten hadte, wurde es jedoch streng verboten. Er machte auch den internationalen Beziehungen Japans ein Ende, und zwar wegen der Gefahr einer fremden Einmischung, die er mit dem christlichen Glauben verbunden glaubte. Nur den Chinesen und Holländern wurde es gestattet, in Nagasaki Handel zu treiben.

Kunstbetrachtung statt Kritik.

Dr. Göbbels vor der Reichskulturmutter.

Vor der Reichskulturmutter hat Dr. Göbbels in Gegenwart des Führers eine vielbeachtete Rede gehalten, in welcher er nicht nur Bericht über die deutsche Kulturarbeit der letzten 3 Jahre erstattete sondern sich mit manchen Fragen der Kunst auseinandersetzte. Dr. Göbbels sagte u. a.: „Ich bin in der glücklichen Lage, bei der vierten großen Kulturfesttagung der Reichskulturmutter und der in ihr vereinigten Einzelkammern des künstlerischen und kulturellen Lebens in diesem Jahre weniger von der Organisation und mehr von der Leistung sprechen zu können. Während früher der größere Teil meiner Darlegungen im wesentlichen rein organisatorischen Fragen und Schwierigkeiten gewidmet war, darf ich heute mit tieferer Befriedigung feststellen, daß die Organisation deshalb kaum noch einer Erwähnung bedarf, weil sie festgelegt und ausgerichtet steht und damit ihre eigentliche Aufgabe erfüllt: Mittel zum Zweck zu sein, durch ihr Wirken selbst die Erreichung des großen Ziels zu vereinfachen und überhaupt möglich zu machen. Heute steht der Künstler wieder mitten im Volke und arbeitet mit an den großen Aufgaben des Aufbaues der Nation. Überall hat sich nun die Erkenntnis Bahn gebrochen, daß es nicht Sinn und Zweck dieser Organisation sein kann, Kultur zu machen, sondern höchstens, wie es auch der Fall ist, Kulturpolitik, d. h. Kulturführung zu betreiben.“

Es ist kein Zufall, daß die vierte Jahrestagung der Reichskulturmutter nun zusammen mit der Nationalsozialistischen Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ veranstaltet wird. Stellt doch diese Gemeinschaft mit der großen Millionenzahl ihrer Mitglieder das eigentliche deutsche Volk in seinem Kulturbedürfnis, aber auch in seinem Kunsthunger dar. Und ist es doch in unserem Staate besondere Ehrenvollheit des Künstlers, sich an das Volk als Volk zu wenden und seine Kunst in unmittelbare Beziehung zur Nation selbst zu bringen. Im Namen dieser Organisation liegt schon ihr Programm begründet, und gerade in einer Zeit, die wie die unsere, das Lebte an Energie, Häßigkeit und Nerven von den Menschen fordert, ist es besondere Aufgabe des Künstlers, dem Volke in unermüdlichem Wirken Kraft durch Freude zu vermitteln.“

Dann wandte sich Dr. Göbbels einer Reihe von Hindernissen und Hemmnissen zu, gegen die zur rechten Zeit angegangen werden müssen.

Das habe nichts mit behördlicher Einmischung in die inneren Belange der Kunst zu tun, sondern diene zur Sicherstellung der einheitlichen kulturpolitischen Linie.

Eines dieser Probleme sei die Frage der Kritik, die trotz aller Bemühungen immer noch Sorge jener liberalistisch-jüdischen Zeit trage, die wir überwinden wollten.

„Die überheblichen Besserwissen“, so erklärte der Minister, „die heute durch ewiges Querulantenum den Aufbau unseres Kulturst- und Kultuslebens mit ihrem missländigen Begeisterungsgeist verfolgen, sind nur die getarnten Nachfahren dieser jüdischen Kritikerautokratie. Wir haben kein Mittel unverzichtbar gelassen, die Kunstkritik auf den einzige richtigen Weg der Kunstbetrachtung zurückzuführen und ihr damit die Möglichkeiten einer weiteren Entwicklung in die Hand zu geben. Alle diese Versuche sind jedoch gescheitert. Man hat manchmal den Eindruck, daß die kritischen Komplexe schreibende Nörger, die sich auf anderen Gebieten nicht mehr betätigen können, nun auf dem Gebiet der Kunst abreaktieren werden sollen. Dem muß rechtzeitig ein Siegel vorausgeschoben werden.“

Ich habe mich deshalb veranlaßt anzusehen, in einem Erlass vom heutigen Tage die Kritik überhaupt zu verbieten und sie durch die Kunstbetrachtung oder Kunstbesprechung ersetzen zu lassen. Der Kunstbearbeit soll weniger Wertung, als vielmehr Darstellung und damit Würdigung sein. Er soll dem Publikum die Möglichkeit geben, sich selbst ein Urteil zu bilden, ihm Anspruch sein, aus seiner eigenen Einschätzung und Empfindung sich über künstlerische Leistungen eine Meinung zu bilden.“

Wenn ich eine derartig einschneidende Maßnahme treffe, dann gehe ich dabei von dem Gesichtspunkt aus, daß nur der Kritisierte darf, der auf dem Gebiet, auf dem er kritisiert, willentliches Verständnis besteht. Wer selbst schöpferisch begabt ist, wird sich weniger mit Kritik beschäftigen, als vielmehr den Drang nach eigener schöpferischer Leistung haben. Ich erinnere dabei daran, daß die großen Kritiker des vorigen

Jahrhunderts, Lessing, Kleist, Tieck, Brentano, Fontane, Gustav Freytag und viele andere mehr schon große schöpferische Leistungen vollbracht hatten, ehe sie Kritiken schrieben. Die Form, in der sich diese mit der Kunstkritik beschäftigten, ist auch für unsere Zeit noch vorbildlich. Die großen Kritiker des vorigen Jahrhunderts wollten nur Dienst am Kunstwerk sein.

Der künftige Kunstertrag setzt die Achtung vor dem künstlerischen Schaffen und der schöpferischen Leistung voraus. Er verlangt Bildung, Takt, anständige Erfahrung und Respekt vor dem künstlerischen Wollen. Es ist daher auch mit Recht immer wieder verlangt worden, daß der Kunstertrag nicht anonym erfolgen darf.

Ich ordne daher an: In Zukunft ist jede Kunstsprechung mit vollem Namen des Verfassers zu zeichnen. Das Amt des Kunstschrifftleiters wird in der Berufsliste der deutschen Presse an eine besondere Genehmigung geknüpft sein, die wiederum abhängig ist von dem Nachweis einer wirklich ausreichenden Vorbildung auf dem Kunstgebiet, auf dem der betreffende Schriftleiter künstlerisch tätig sein will.

Da Beschäftigung mit künstlerischen Leistungen eine gewisse Lebenserfahrung und Lebensreife bedingt, müssen Kunstschrifftleiter mindestens 30 Jahre alt sein, ehe sie für diesen Tätigkeitszweig der deutschen Presse zugelassen werden können.

Das bedeutet keine Unterdrückung der freien Meinung; aber seine freie Meinung darf nur der vor die Öffentlichkeit tragen, der eine freie eigene Meinung besitzt und auf Grund seines Wissens, seiner Kenntnisse, seiner Fertigkeiten und Fähigkeiten obendrein das Recht hat, über andere, die mit den Schöpfungen ihrer Phantasie an die Öffentlichkeit appellieren, zu Gericht zu sitzen. Oft aber ist es umgekehrt. Wir haben es in jüngster Zeit noch in Berlin erlebt, daß zwei-, dreiundzwanzigjährige Junglinge gegen vierzig-, fünfzigjährige verdiente, weitberühmte Künstler vom Veder zogen, ohne bei ihren kritischen Gängen auch nur eine Spur von Fachwissen und Sachkenntnis ins Feld führen zu können.

Sie sollen sich nun zuerst einmal darin üben, ein Kunstwerk zu beschreiben. Auch das ist schwer, und auch das muß man gelernt haben. Kann ein Kritiker mehr, und hat er das Bedürfnis, seine Fähigkeiten an den Mann zu bringen, — nun wir suchen auf allen Gebieten unseres künstlerischen Lebens so viele Künstner, wir haben so viele offene Stellen, die nicht zu besetzen sind, weil es an geeigneten Anwärtern fehlt, daß uns jedermann, der mehr kann als die heute im Kunstleben Tätigen — und das muß er ja, wenn er sie kritisieren will — zu positiver Arbeit herzlich willkommen ist.

Im übrigen wird die Kunst am Verschwinden der Kritik keinen Schaden nehmen. Falsche Größen sterben meistens spätestens nach einem Jahr, auch wenn sie nicht von einem Kritiker getötet werden. Wirklichen Größen aber soll auf diese Weise die Freiheit ihres Schaffens und die Unantastbarkeit ihrer künstlerischen Ehre gesichert werden. Es

Opfern...

Wir sollen opfern wie, gleich Honigbienen,
Die Mütter ihren Kindern schweigsam dienen.
Wir müssen opfern, weil wir nur im Leben
Empfangen, und so strömend einzigt leben.
Wir wollen opfern! Für ein Volk von Freien
Heilt das, sich froh und stolz den Brüdern weihen!
Wir dürfen opfern: niemals ist ein Orden,
Der höher ehrte, uns verliehen worden.—

Ina Seidel.

stellte sich Japan auf die Seite der Alliierten und erklärte Deutschland den Krieg. Im Verlaufe des Krieges wurden Tsingtau und die deutschen Kolonialbesitzungen in der Südsee von Japan in Besitz genommen. Die Südsee-Inseln erhielt Japan im Versailler Vertrag als Mandatsgebiet. Durch Verhandlungen mit China sicherte sich Japan 1915 seine Rechte und Interessen in Schantung, in der Südmandschurei und im Osten der Inneren Mongolei. Gleichzeitig wurde auch die Dauer der Pachtzeit des Kwantung-Gebietes verlängert. Nach dem Friedensschluß von Versailles gewann Japan Anerkennung als fünfte Großmacht und nahm aktiv an den Arbeiten des Völkerbundes teil.

Im Jahre 1923 machte der Japanische Kronprinz eine Reise nach Europa, um sich persönlich über die europäischen Verhältnisse zu informieren und den Herrschern der einzelnen Staaten einen Besuch abzustatten. Das war ein noch nie dagewesenes Ereignis in der japanischen Geschichte, das auch in jeder Hinsicht erfolgreich und zufriedenstellend verlief. Der Auslandsreise des Kronprinzen folgten Reisen seiner jüngeren Brüder, des Prinzen Chichibu und des Prinzen Takamatsu.

Kaiser Taisho starb 1926, und sein Sohn bestieg als Kaiser Hirohito den Thron. Er ist der 124. Herrscher. Die neue Ära erhielt den Namen Showa (Leuchtender Friede). Leider begann sie unter dem ungeheuren Druck der dem Weltkrieg folgenden Wirtschaftsdepression.

Im Jahre 1931 kam es in der Mandschurei zu einem Zusammenstoß zwischen Japan und China und im darauffolgenden Jahre ereignete sich der bekannte Zwischenfall in Shanghai. Die Errichtung von Mandschukuo und der Austritt Japans aus dem Völkerbund werden jedem noch frisch in der Erinnerung sein und brauchen daher hier nicht weiter beschrieben zu werden.

(Entnommen dem ersten in deutscher Sprache veröffentlichten amtlichen Führer durch Japan, der, in seiner Ausstattung ein kleines Kunstwerk, im Jahre 1936 von der Reiseverkehrszentrale der Japanischen Staatsbahn in ausgewählter Bearbeitung herausgegeben und uns von einem japanischen Freunde übermittelt wurde.)

soll in fünfzig Jahren von unserer Zeit nicht mehr dasselbe gesagt werden, was wir von der Zeit vor fünfzig Jahren sagen müssen: daß sie es, ohne einen Finger zu rühren, aufließ, daß die wirklichen Genies von kritischen Gintagsfliegen gequält und gemartert wurden und zum Teil sogar daran zerbrachen.

Eine zweite Frage, die in diesem Zusammenhang eine nähtere Betrachtung verdient, ist die der Erotik in der Kunst. Wir haben in den vergangenen Monaten ein paar Filme diezens passieren lassen, die in pruden und abgeschlossenen Räumen einiges Bewundern herverrieten. Und zwar haben wir das mit Bewußtsein getan. Denn auch die Probleme, die die Geschlechter untereinander auszumachen haben, sind darstellenswert, vorausgelegt, daß das mit dem nötigen Geschmack geschieht. Es handelt sich hier also mehr um eine Takt, als um eine Moralfrage.

Wir leben nicht in einem Franziskanerkloster; eine gesunde Zeit nimmt auch eine gesunde Stellung zu delikateren Problemen. Selbstverständlich ist die seichte und platte Note, die zynische Gemeinheit, für einen Menschen von noblem Empfinden nur verächtlich. Begrüßenswert aber ist eine starke und gesunde Sinnesfreude, die das Dasein als Diesseits betrachtet, es dankbar hinnimmt und freudig gestaltet. Diese Sinnesfreude hat sich zu allen Zeiten in der Kunst mehr an das Auge als an das Ohr gerichtet. Sie war immer frei, offen und unprüde. Aus ihr entstammt zuletzt jede große Kunst. Sie war dämonischer Antrieb der Antike und ihrer starken Formenkraft, mit ihr und durch sie erhob sich die Renaissance zu dieser einzigartigen Zeit großer künstlerischer Gestaltung. Es wäre gefährlich und beklagenswert, wenn wir mit törichten und missverstandenen Redensarten diese unabdingbare Funktion des künstlerischen Schaffens allmählich abdrosseln und zur Erstarrung brächten.“

Der Präsident der Reichskulturmutter behandelte dann die Problematik des Kritischen in der Kunst. Es dürfe nicht alles, was primitiv sei, als Kritik verdammt werden. Es solle deshalb nicht nur auf das Produkt, sondern auch auf die Geistung geschaut werden.

Nicht jedermann sei musikalisch genug, etwa eine große Wagneroper zu hören und zu genießen. Sollte er etwa deshalb überhaupt von der Musik ausgeschlossen werden? Nein, es sei gut, daß es auch andere Musik gebe, von der er etwas habe. Und auch die, die diese Musik schrieben, machen sich verdient um das Volk.

Die mehrtausendjährige Vergangenheit unseres Volkes sei ein einheitliches Ganze und könne nicht nach Belieben und mit Willkür in ihre Bestandteile zerlegt werden. Niemand habe das Recht, an die Gestalter unserer Vergangenheit die Mahnsäule unserer Gegenwart anzulegen. Karl der Große und Widukind seien für uns gleichermaßen leuchtende Figuren deutscher Geschichte.

„Daselbst“, so fuhr Dr. Göbbels fort, „gilt auch für unser Kunst- und Kulturerbe. Es ist unhistorisch und zeugt von einem vollkommenen Mangel an geschichtlicher Spielat, etwa Schiller oder Goethe mit einer leichten Handbewegung abtun zu wollen, weil sie uns angeblich nicht liegen. Auch ist Schiller kein liberaler Humanist, der unserer Zeit nichts mehr zu geben hat; er ist und bleibt eines der größten dichterischen Genies aller Zeiten, und wir Deutschen haben allen Grund, dankbar zu sein, ihn zu den Unseren zählen zu dürfen. Es ist gemein und charakterlos, die deutsche Kunst- und Kulturgeschichte in eine Serie von Kriminalaufzetteln und unter Zuhilfenahme von kabalistischen Zahlen feststellen zu wollen, ob Goethe Schiller vergiftet oder wer Mozart ermordet hat.“

Das ist eine Verkündigung an unserem großen Kulturerbe, auf dem wir alle, ob bewußt oder unbewußt, stehen, dessen wir in unserer ganzen geistigen Existenz teilhaftig werden, in das wir hineingeboren worden sind und das in unserer Zeit in ihr gemäße Formen weiter zu entwickeln und immer neu zu gestalten unsere große kulturelle Verpflichtung ist. Vor ihm gezimmert uns Erfurcht und Dankbarkeit.“

Der Minister kam dann auf die Wesenszüge der künstlerischen Gestaltung überhaupt zu sprechen. Die Dramatik schöpfe ihre Stoffe aus den Gegensätzen des menschlichen Lebens. Es sei ihr souveränes Recht, die Schnächen einzelner Stände und Berufe zu geißeln und es dürfe sich kein Stand dabei beleidigt fühlen: „Unterdessen beginnt der künstlerische Gestaltungstrieb unseres Volkes neue Wege zu beschreiten. Die Schöpfung unserer großen nationalsozialistischen Feiern ist einer der wichtigsten Faktoren unserer modernen Kultursphäre. Die Tage von Nürnberg, der 1. Mai in Berlin, der Bauerntag am Bückeburg sind jedem, der sie einmal miterleben durfte, auch als künstlerische Vision unvergänglich. Hier entwickelt sich aus dem Unbewußten und darum schöpferischen ein ganz klarer, moderner und einfacher Ritus, bildet sich eine feste Tradition heraus. In ihrer massiven Wirkung ist sie ihrer ganzen Natur nach nur für große Anlässe geeignet; das dort zu Tage tretende starke Pathos darf nicht für Nichtigkeiten entwertet werden.“

Nicht jedes Vereinsfest ist eine kulturelle Feier, im Geiste, hier wirkt falsche Gemeinschaft nur aufreizend und unwahr. Auch der Sprechchor kann aus Banalitäten keine Lebensweisheiten machen. Er ist dann nur ein Rückfall in die Primitivität. So pflegen Traditionen nicht zu entstehen. Das Unbeabsichtigte, Gewachsene und Gewordene ist auch hier das Dauerhafte und Bleibende.

Die Kunst lebt vom Antritt. Es muß deshalb in einer Zeit, in der der Private noch nicht wieder zum Auftrag zurückgeföhrt ist, Sache des Staates sein, der Kunst seine schützende und fördernde Hand zu leihen, Talente aufzuspüren und ihnen den Weg nach oben zu erleichtern.

Nie hat eine Zeit größere künstlerische Aufgaben gestellt als die unsere. Aber die Künstler müssen sich auch ihrer bemächtigen. Alle sind sie ausgerufen mitzuhelfen. Sie sind jetzt mit dem Staat und seinen Idealen verwachsen, sie leben nicht mehr als Abseitige neben der Zeit. Der Staat ist ihr Mäzen. Auch für ihr Alter soll gesorgt werden. Die starke Betreuung der Schillerstiftung, die Auswerfung von 2 Millionen für die Stiftung „Künstlerbank“, die Zusage der Alters- und Krankheitsversorgung für schaffende Künstler sind nur erste Anfänge eines großzügigen Sozialwerkes, das alle deutschen Künstler umfassen soll. Hier liegen im Augenblick neben der Kulturführung an sich die wichtigsten Aufgaben, die uns gestellt sind.“

Berlangen Sie überall

auf der Reise, im Hotel, im Restaurant,
im Café und auf den Bahnhöfen die

Deutsche Rundschau.

Der Nährstand im deutschen Bierjahresplan.

Aus einer Rede des Staatssekretärs Bade.

Der Staatssekretär im Reichsernährungsministerium, Herbert Bade, Leiter der Geschäftskommission Ernährung bei dem Beauftragten für den Bierjahresplan, Ministerpräsident Generaloberst Göring, sprach am Sonnabend in Goslar auf dem 4. Reichsbauerntag vor dem Führerkorps des Reichsnährstands. Staatssekretär Bade führte u. a. aus:

"Man hat den Nationalsozialismus schon in den Jahren immer verdächtigt, autarkische Bestrebungen zu haben. Momentlich das Ausland ist dann wieder, nach der Bekündung des Bierjahresplans in Nürnberg, der Meinung gewesen, daß das Nationalsozialistische Deutschland autarkische Tendenzen verfolge und damit die Ansprüche zur Erfüllung der Weltwirtschaft und Überwindung der Weltkrise löse. Demgegenüber muß mit aller Klarheit herausgestellt werden, daß die Proklamation des Bierjahresplans nicht einer autarkischen Ideologie entspringt, sondern umgekehrt die Folge der Autarkisierung der anderen Länder ist."

Der Redner schilderte dann die wirtschaftliche Entwicklung seit dem 18. Jahrhundert, speziell die wirtschaftliche Erziehung der Welt nach dem Aufkommen der großen Verkehrsmittel, als es nach dem Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag, das besagt, daß bei steigender Intensivierung des Ertrags mit dem Aufwand nicht Schritt hält — rentablen erscheint, nicht mehr den letzten Rentner aus dem eigenen Boden heranzuholen, sondern die billigen Produkte der neu erschlossenen Länder im Tausch gegen Fertigerzeugnisse hereinzuholen. Weiter wurde der Verfall der weltwirtschaftlichen Beziehungen Deutschlands nach dem Kriege behandelt, und die neue Lage, die zur Aufnahme der neuen Agrarjahrespläne führte.

"So hoch die Leistungen in den vergangenen zwei Jahren auch waren, die Rohstoff- und Ernährungslage Deutschlands erfordert zwingend eine noch stärkere Leistung. Denn die Ernährung ist im Jahre 1935 erst zu etwa 80 Prozent aus eigener Erzeugung reicht. Da kommt, daß bei wachsender Bevölkerungszahl — so hat die deutsche Bevölkerung seit 1933 einschließlich dem Zugang der Saarbevölkerung um etwa 2 Millionen zugenommen — allein im Jahre 1935 durch den Neuanbau Deutschlands 467 000 Hektar der landwirtschaftlichen Nutzung entzogen wurden, im Jahre 1936 etwa 80 000 Hektar. Daneben sind rund 100 000 Hektar der Produktion von Rohstoffen aufgezehrt worden.

Wolle man sämtliche importierten landwirtschaftlichen Rohstoffe im Inlande erzeugen, so waren nach einer Berechnung des Konjunkturinstituts etwa 16 Milliarden Hektar ansässig notwendig. Die gesamte deutsche Nutzungsfläche beträgt demgegenüber heute nur 29 Millionen Hektar.

Die erste Aufgabengruppe

innerhalb der Erzeugungsschlacht sind die Maßnahmen, die geeignet sind, trotz der geringen landwirtschaftlichen Nutzungsfläche diese Fläche zu erweitern. Folgende Maßnahmen sind vorgesehen:

Erstens eine stärkere Aktivierung der Melioration, insbesondere im Hinblick auf einen baldigen Nutzeffekt. Deutschland hat zwar zwei Millionen Hektar Ödland, jedoch sind die Flächen, die bereits genutzt werden, deren Nutzungsrat aber infolge Nichtmeliorierung gering ist, sehr viel arbeits. So müssen der Ackerbau zugeschaut werden allein vier Millionen Hektar, der Grünlandentzäuerung dreieinhalf Millionen Hektar; daneben wird auch der Bewässerung größere Bedeutung zukommen. Diese Aufgaben sind die verbindlichsten, da hier der Nutzeffekt sehr viel schneller und nachhaltiger eintreten wird als bei Neuanbausaktivierungen.

Die zweite Maßnahme, die eine gewisse Mehrgewinnung von Land zur Folge hat, ist die Flurbereinigung. Noch 3,7 Millionen Hektar Nutzfläche sind nicht zusammengelegt.

Eine dritte Aufgabe ist, in klimatisch geeigneten Bezirken, die Umwandlung eines Teiles von Wiesen in Ackerland. Es ist ein Umdenken, daß die Grünlandfläche Deutschlands, Wiesen und Weiden, die beinahe 20 Prozent der ackerbauähnlichen Fläche betragen, nur mit 10 Prozent am Gesamtertrag der Landwirtschaft beteiligt sind. Die Entwicklung der Landwirtschaft ist im letzten Jahrzehnt in erster Linie dem Ackerbau zugegangen, wo die Erträge in dieser Zeit fast um das Doppelte gesteigert wurden. Die Erträge auf Grünland sind jedoch höchstens um ein Drittel größer geworden.

Die zweite Aufgabengruppe

innerhalb der Erzeugungsschlacht umfaßt alle Maßnahmen, die auf eine Steigerung der Intensität abzielen. Wir stehen durchaus noch am Anfang einer möglichen Erzeugungssteigerung.

Als erstes ist die künstliche Düngung noch stärker zu forcieren und noch zweckmäßiger durchzuführen, indem man auf Volldüngung übergeht, unter besonderer Berücksichtigung des Kultivierungsgrads des Bodens. Es ist vorgesehen, um Nährstoffe bei schlechten Ernten zu vermeiden, wiederum die Meißgarantie beim Düngerzukauf einzuführen.

Die zweite wichtige Aufgabe ist stärkste Ausdehnung des Zwischenfruchtbands und Bau von Grünfutterbehältern zur Verwertung der anfallenden Grünfuttermassen. An diesem Zusammenhang verweise ich auf die Frage der Sächs-Puvin e. die insbesondere für die mageren Böden des Ostens als Silagewalze von entscheidender Bedeutung ist. Von 1938 an wird der Anbau der gewöhnlichen Lupine aufhören, ja verbieten werden können.

Die dritte Aufgabe in dieser Gruppe ist eine bessere Pflege und Ausnutzung des Grünlandes: "Mehr und besseres Heu auf geringerer Fläche, bessere Ausnutzung der Weiden." Wertiert ist einem verstärkten und zweckentsprechenden Obst- und Gemüsebau mehr Beachtung als bisher zu schenken.

Dabei muß grundsätzlich folgendes gesetzt werden: Es ist aus sozialen Gründen der kleine und Kleinstbetrieb in den dazu geeigneten Gebieten auf diese intensiven Gärtnereien-Kulturen angemessen. Es ist unfehlbar, wenn große Betriebe nicht die Kulturarten bauen, die sie entsprechend ihrer Größe bauen sollen, sondern durch spekulativen Anbau von Gemüse die Grundlage der Kleinst- und Spezialbetrieben entziehen. Wenn in diesem Jahre eine Reihe von Betrieben aus spekulativen Gründen den Herbstobstanbau erweitert hat, so ist das eine Schädigung der Volkswirtschaft.

Firmennachrichten.

v. Thorn (Tornu). Zwangsversteigerung des in Thorn, Bichmarkestrasse 37/43, belegenen und im Grundbuch Thorn-Notar, Band 27, Blatt 761, Abh. Aleksander Borowski in Thorn, eingetragenen Fabrikgrundstücks am 18. Dezember 1936, 9.30 Uhr, im Bürgergericht Zimmer 33. Schätzungspreis 16 785,44 Röth.

v. Thorn (Tornu). Zwangsversteigerung des in Podgorza, ul. Pulaskiego 59, belegenen und im Grundbuch Podgorza, Blatt 50, Abh. Jan Skravnik, eingetragenen Grundstücks (Bauhaus, Hotel, Kontor und Restaurant) mit Saal, Wirtschaftsgebäude am 19. Januar 1937, 10 Uhr, im Bürgergericht, Zimmer 33.

v. Tuchel (Tuchola). Zwangsversteigerung des in Bielska Komora belegenen und im Grundbuch Bielska Komora, Band 1, Blatt 1, Abh. Dr. Leon Pant Polakowski in Bielska, eingetragenen landwirtschaftlichen Grundstücks von 660,56,46 Hektar mit Gebäuden, sowie totem und lebendem Inventar, am 20. Dezember 1936, 10 Uhr, im Bürgergericht. Schätzungspreis 587 283,19 Röth.

v. Neuenburg (Nowe). Zwangsversteigerung des in Nienenburg, ul. Gdańskia und ul. Tylna, belegenen und im Grundbuch Neuenburg, Band 1, Blatt 12, Abh. Juliusz und Maria Gąsiorowicz in Neuenburg, eingetragenen Grundstücks (Geschäftshaus und Wohnhaus mit Wirtschaftsgebäude) am 19. Dezember 1936, 10 Uhr, im Bürgergericht. Schätzungspreis 11 700 Röth.

v. Neuenburg (Nowe). Zwangsversteigerung des in Bł. Komora belegenen und im Grundbuch Bł. Komora, Band 1, Blatt 248, Abh. Aleksander Klein in Bł. Komora und Leon Gąsiorowicz in Nowe, eingetragenen Grundstücks am 20. Dezember 1936, 11 Uhr, im Bürgergericht. Schätzungspreis 202,02 Röth.

Das schwierigste Problem in der deutschen Ernährung ist das Zeitproblem. Denn hier bedenkt wir unseren Eigenbedarf erst zu 55 Prozent. Es wäre leicht, den Raps- und Ölbaum anbau stark zu propagieren, wenn wir einen Überschuss an Getreide oder Haferfrüchten hätten. Dies ist nicht der Fall. Und darin liegt die Grenze einer zu starken Erweiterung des Rapsbaus. Trotzdem ist es volkswirtschaftlich richtig, den Rapsbau dort, wo geeignete Böden sind und wo er einen sicherer Ertrag verspricht, weiter auszubauen. Der Anbau kann verdreifacht werden, wenn damit auch eine geringe Fläche für andere Kulturen in Kauf genommen werden muß. Denn der Bezug von Ölsaaten ist deshalb am schwierigsten, da er Bardevisen erfordert. Das außerdem jede Erzeugungssteigerung anzustreben ist, liegt auf der Hand.

Nebenondere milchige Ackerfrüchte mit unsicherem oder geringem Ertrag durch andere ersetzt werden, die einen größeren und sicherer Ertrag versprechen.

Mit anderen Worten: es wird darauf ankommen, wo die Vorarbeiten dafür angeben sind, die Kartoffelanbaufläche zu erweitern. Ebenso wichtig ist eine Erweiterung des Zuckerrübenanbaus auf Kosten des Rübenbaus. Ein sehr wichtiges Problem ist auch bei Sommer-Stalzfütterung das Einschränken der Kleefutterflächen, die ja nur einige Wochen gutes Milchfutter liefern. Als Erstes ist der Zwischenfruchtbau und die Anlage von übergangs-Hutter reservieren in Form von Zuckerrübenhügel, Trockenbüscheln usw. anzustreben.

Die dritte Aufgabengruppe

umfaßt alle die Maßnahmen, die durch sparsamere Verwendung des Erzeugens eine Leistungssteigerung bewirken.

Die erste Aufgabe in dieser Gruppe beruht darin, mit weniger Futter dieselbe oder gar eine höhere Leistung zu erzielen. Daher ist es wichtigste Aufgabe der Tierzucht, den guten Futterverwerter herauszuhüpfen und diese Zuchttiere schnellstens der allgemeinen Tierhaltung nutzbar zu machen. Damit die Bevölkerung der Landestierzucht durch die Hochzucht stattfinden kann, müssen die Preise für Gebrauchsstücke mit den Einnahmen der breiten Massen des Bauerntums in Einklang gebracht werden.

Die zweite Maßnahme ist, durch Schulung und Beratung eine rationelle Fütterung zu erreichen. Von ebenso großer Wichtigkeit sind drittens die Aufgaben auf dem Gebiete der Kleintierzucht. In diesem Zusammenhang muß insbesondere den Zoodarbeitern, Siedlern und Kleingärtnern die Haltung von Ziegen und Kaninchen erleichtert werden.

Neben einer rationellen Fütterung ist besonderer Wert auf eine restlose Verwendung aller anfallenden Futtermittel zu legen. Hier spielt das Problem der Kartoffeleinsäuerung eine entscheidende Rolle. Eine nicht warbare Verwendung eines Futtermittels liegt in der Kartoffelbrennerei vor. 2,3 Millionen Tonnen Kartoffeln werden noch täglich trotz des Futtermangels größtenteils in Treibstoff verwandelt. Dieses Problem wird innerhalb des Bierjahresplans gelöst werden, insofern als jedes Jahr einer gewissen Anzahl von Betrieben das Brennrecht genommen wird. In verantworten ist der Brennereibetrieb nur dort, wo bei seinem Verfall die Böden nicht mehr landwirtschaftlich genutzt werden können. Hier dürfte in Zukunft der Abau der Süß-Spinne ein Äquivalent bieten.

erner muss analog der Aufgabe, die die Tierzucht hat, die Saatzauber in weit stärkerem Maße der allgemeinen Landwirtschaft nutzbar gemacht werden.

Eine weitere Aufgabe ist planmäßiger Bau von Molkereien in den molkereimäßig noch nicht erschlossenen Gebieten.

Mindestens ebenso wichtig wie die Aktion "Kampf dem Verderb" wird

das Problem der Verbrauchslenkung

sein. So wird heute z. B. ein so hochwertiges Ernährungsmittel wie die entrahmte Milch nur an einem ganz geringen Bruchteil für die menschliche Ernährung genutzt. Besonders wichtig ist die Steigerung des Fleischkonsums. Die Erziehungsarbeit werden wir dadurch unterstützen, daß wir in der Zeit eines großen Fleischanfalls die Verförderung mit Fleisch einschränken, um mit den so erzielten eingesparten Mengen die saisonbedingte Lücke im Sommer und Herbst zu schließen.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im "Monitor Polki" für den 30. November auf 5,9244 Röth festgesetzt.

Der Zinssatz der Bank Polki beträgt 5%, der Lombardzins 6%.

Berlin, 28. November. Uml. Devisenkurse. New York 2.488—2.492. London 12,18—12,21. Holland 134,99—135,27. Norwegen 61,23 bis 61,35. Schweden 62,81—62,93. Belgien 42,05—42,13. Italien 13,09 bis 13,11. Frankreich 11,59—11,61. Schweiz 57,16—57,28. Brüssel 8,771 bis 8,789. Wien 48,95—49,05. Danzig 47,04—47,14. Warschau —.

Die Bank Polki zahlt heute für: 1 Dollar, große Scheine 5,28/4, 31., dto. fl. Scheine 5,28 fl. Kanada —, 31. Pf. Sterling 25,90 fl. 100 Schweizer Frank 121,50 fl. 100 französische Franc 24,63 fl. 100 deutsche Reichsmark 107,00. in Gold —, 31. 100 Danziger Gulden 99,80 fl. 100 tschech. Kronen 17,20 fl. 100 österreich. Schillinge 94,50 fl. holländischer Gulden 287,30 fl. belgisch Belgas 89,40 fl. ital. lire 24,60 fl.

Produktionsmarkt.

Amtliche Notierungen der Warschauer Getreidebörsen vom 28. November. Die Preise verstehen sich für 100 Kilo in Röth:

Richtpreise:

Es ist nicht zu verantworten, daß der Gettverbrauch pro Kopf der Bevölkerung heute noch um 24 Prozent höher liegt als 1913. Regionale Unterschiede in der Verbrauchshöhe weisen den Weg, den wir zu gehen haben. Bezeichnenderweise steht Hand mit Hand mit einem geringeren Gettverbrauch vor allem in Form von Marzipan, z. B. in Bayern, und umgekehrt wird in Norddeutschland bei einem überhöhten Gettverbrauch sehr viel weniger Zucker konsumiert.

Der Konsum von Fetten kann auf dem Lande ohne jeden Schaden eingeschränkt werden. Es ist die Pflicht einer jeden Bauersfrau, alle Wege zur Fettersparnis zu gehen. Ebenso kann der Fleischverbrauch auf dem Lande durch Mehrverbrauch von Fleisch verringert werden.

Die Arbeiternot

Kann auch im Laufe des Bierjahresplans nicht grundsätzlich gelöst werden, da ja durch den Rohstoffmangel Deutschlands alle etwa freien Kräfte dort eingesetzt werden müssen.

Dem verstärkten Einsatz des Arbeitsdienstes in der Ernte kommt entgegen die grundsätzliche Auffassung des Gründers des Arbeitsdienstes, Reichsarbeitsführer Hitler, daß Aufgabe des Arbeitsdienstes ausschließlich die Arbeit am deutschen Boden ist. Nach dem Vorschlag des Reichsarbeitsführers ist der in der Praxis längst bewährte weibliche Arbeitsdienst stark auszubauen, um der überlasteten Bauernfrau die Verstärkung der neuen Aufgaben zu erleichtern.

Als weitere Maßnahme im Rahmen des Bierjahresplans ist ein verstärkter Bau von Landarbeiterwohnungen vorzusehen. Hierbei muss jedoch berücksichtigt werden, daß der Baumarkt durch die Bauten des Bierjahresplans sehr eingesenkt sein wird.

Es sind also Maßnahmen der Arbeitskräfteparade zu ergründen, jedoch niemals auf Kosten der Intensität. Hier ist einiges Grundlegendes zu sagen. Wir haben in der Kampfzeit gegen die Nationalisierungsbemühungen in der Landwirtschaft Stellung genommen nicht etwa, weil wir den Wert eines rationelleren Arbeitseinsatzes und die daraus resultierenden Mehrleistungen unterschätzen, sondern weil diese Nationalisierung lediglich eigenkapitalistisch gedacht war. Heute steht das ganze deutsche Volk unter dem Zeichen einer erforderlichen Mehrleistung. Damit ist die Notwendigkeit und Berechtigung einer volkswirtschaftlichen Nationalisierung gegeben. Sie wird durch die Stetigkeit der Preise auch ermöglicht.

Damit ist eine Grundvoraussetzung für eine stärkere Anwendung der technischen Hilfsmittel

im landwirtschaftlichen Betrieb gegeben. Es wird daher die Aufgabe sein, die notwendigen Maschinen nicht nur wie bisher in Großbetrieben, sondern bis herunter zu den Kleinbetrieben einzuführen. Insbesondere wird es darauf ankommen, die motorische und die elektrische Kraft für die deutsche Landwirtschaft stärker nutzbar zu machen als bisher. Gerade hierin liegen die Entlastungsmöglichkeiten der Bauernbetriebe und namentlich der Bauernfrau. Leider steht der Anwendung aller dieser Maschinen bis herunter zu kleinen als bisher. Gerade hierin liegen die Schwierigkeiten im Rahmen des Bierjahresplanes die vorhandenen Schwierigkeiten zu beseitigen.

Genau so wichtig wie die Vermehrung der Erzeugung ist der zweite große Gesichtspunkt: der Ausbau der Vorratswirtschaft. Die Maßnahmen, die auf dem Gebiet der Vorratswirtschaft für die Sicherung der Volksernährung zu treffen sind, wird der Staat selbst in seine Hand nehmen. Am wesentlichsten ist zu fördern der Ausbau von Getreidespeichern und Kühlhäusern.

Es gibt heute in Deutschland noch Leute, die das Problem der Erzeugungssteigerung allein mit einer Erhöhung der Preise lösen wollen. Diese Leute verneinen, daß die Aufwertung des Eigentumtes durch Preiserhöhung zwar die Erzeugungssteigerung herauftreibt, jedoch sie gleichzeitig droht, indem die Aufnahme des Mehrerzeugens durch überhöhte Preise für mittlere Schichten des Volkes unmöglich gemacht wird. Der Bierjahresplan wird für das deutsche Volk gemacht und nicht nur für einen Teil: die Produzenten. Es ist gerade das Ziel des Bierjahresplans, die Bedarfsdeckung des gesamten deutschen Volkes zu gewährleisten. Nur aus einem neuen Geist heraus kann man auch eine neue Wirtschaft aufbauen. Eine solche Haltung des ganzen Volkes wird auch die Gewähr, daß der anstehende Bierjahresplan genau so erfüllt wird wie der erste.

Und nicht nur für die im Bierjahresplan aufzulösenden Aufgaben ist diese neue Haltung notwendig, die Ernährungsgrundlage Deutschlands wird in dieser Übergangszeit zweifellos zu manchen Spannungen und zu manchen Verknappungen führen. Solche Spannungen können nur überwunden werden, wenn wir alle den Weg zu der neuen Haltung finden."

Amtliche Notierungen der Bromberger Getreidebörsen vom 30. November. Die Preise lauten Parität Bromberg (Waagonladungen) für 100 Kilo in Röth:

Standards: Roggen 688,5 g/l. (17,2 f. h.) zulässig 3%. Unreinigkeit Weizen 737,5 g/l. (12,5 f. h.) zulässig 3%. Unreinigkeit Hafer 413 g/l. (69 f. h.) zulässig 5%. Unreinigkeit, Brauerei ohne Gewicht, Gerste (61—667 g/l.) (112,113 f. h.) zulässig 1%, Unreinigkeit, Gerste 643—649 g/l. (108,9—109,9 f. h.) zulässig 2%, Unreinigkeit, Gerste 620 5—626,5 g/l. (105,1—106 f. h.) zulässig 3%, Unreinigkeit.

Transaktionspreise:

Roggen	140 to 19,35—19,85	gelbe Lupinen	— to
Roggen	— to	Wurzeln	— to
Roggen	— to	Gerste 661—667 g/l.	to
Roggen	— to	Brauerei	— to
Roggen	— to	Speiseflocke	— to
Hafer	40 to 16,30	Sonnenblumen	— to
Stand.-Weizen	— to	Blumenkuchen	